

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihund siebziger Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. G. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Cassiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Moos; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; L. Albrecht, Zeitungs-Annonen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 13. Mai. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht:
Dem Geistl.-Direktor Schale, Vorsteher des rheinischen Landgerichts zu
Widrath, Kr. Grevenbroich, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der
Schleife; dem Pfarrer Zürn zu Gebhardsdorf, Kr. Lauban, den Roten
Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Die Reform der Schule.

II.

Nicht blos die Volksschule, sondern auch das Gymnasium und die jetzige Unterrichtsweise auf demselben bedürfen der Reform. Auch hier ist nämlich seit Jahrzehnten und namentlich seit Stahl jenes berüchtigte Wort von der Nothwendigkeit der Umkehr der Wissenschaft gesprochen, ein anderer Geist heimisch geworden, eine Methode, die auch hier mehr auf das Einprägen gewisser Kenntnisse und Fertigkeiten, als auf die Entwicklung der eigenen Urtheilkraft gerichtet ist. Nicht, als ob auf unseren Gymnasiaten auch heute noch nicht genug gelernt würde, nein, nicht die Menge des Stoffes, sondern nur die Art, wie das Wissen der Jugend überliefert wird, ist eine merklich andere wie früher geworden.

Außerdem drohen der Gymnasialbildung in unserer Zeit zwei Gefahren, die eng mit dieser Umkehr der Wissenschaft und mit dem modernen Geist, in welchem die Anstalten geleitet werden, verbunden sind. Der Zweck der Gymnasialbildung kann doch kein anderer sein, als den Schüler zur Humanität hinzuleiten, also ihn zu befähigen, bei reiferen Jahren und wachsenden Einsichten seinen Pflichten als Bürger des Staates und als Mensch im Privatleben im höchsten und edelsten Maße nachzuleben. Dies Ziel hat also mit zwei andern Richtungen nichts gemein, die häufig genug — und, wie wir glauben, mit Unrecht hier hineingetragen werden.

Einmal nicht mit der Unterordnung der Gymnasialbildung unter angeblich religiöse, richtiger theologische Zwecke. Danach soll das Bestreben, die Erziehung der Jugend in humanistische Bahnen zu lenken, ein falsches, zu ihrem Verderben gereichendes sein, eine richtige Grundlage für diesen Theil des Unterrichts aber nur dadurch gewonnen werden können, daß er vom Standpunkt der Religion, oder vielmehr der Konfession aus nach der Abschaffung höherer Stellen dirigirt werde. Allein eine solche Ansicht dokumentirt mindestens eine Verwechslung zwischen dem Wesen der Religion und dem der Gymnasialbildung.

Der Bildungszweck der Religion besteht darin, im Durchgang durch das irdische Leben uns auf eine höhere, bessere Welt vorzubereiten. Ihr Ziel reicht demnach über die Grenzen dieses Lebens hinaus; es ist ein überirdisches, göttliches. Die Erziehung dagegen, wie sie uns das Gymnasium bietet, ist eine durch die Zwecke des irdischen Lebens begrenzte. Sie findet in diesem ihren Anfang und ihr Ende. An der Stelle, die Gott nach seinem Rathschluß uns hienieden angewiesen hat, sollen wir zu guten Bürgern für den Staat, zu guten Menschen im Privatleben erzogen werden. Dieses Gegensatzes sind diejenigen sich nicht bewußt, die in gutem Glauben Geistliches mit Weltlichem vermischen. Sie dürfen sich zur Aufrechterhaltung ihrer gegenheiligen Meinung auf die Geschichte nicht berufen. Allerdings ist historisch nicht wegzuleugnen, daß in den Zeiten der päpstlichen Allgewalt, wie die Lehre von den zwei Schwestern erweist, geistliche und weltliche höchste Gewalt koordinierte Begriffe sind, die Hand in Hand gehen. Im mittelalterlichen Deutschland zieht der Kirchenbann die Reichsacht nach sich.

Die Auseinandersetzung zwischen dem höchsten katholischen Inhaber der Reichsgewalt und den protestantischen Territorialfürsten im Frieden von Osnabrück (Kap. II.) hat unter andern auch die Wirkung gehabt, daß den gelehrt Schulen und Universitäten je nach der Konfession des Landesfürsten ein verschiedener, bald katholischer, bald evangelischer Charakter beigelegt ist. Allein dieser konfessionelle Charakter der höheren Unterrichtsinstitute wurzelt wesentlich im Prinzip des Patrimonialstaates, wonach der Staat ein Privateigentum des Landesfürsten ist. Er hat demgemäß in protestantischen Ländern das Konfessorialprinzip zur Folge, nach dem Sage: „Cujus est regio, ejus est religio.“

Auch bei der allmäßigen Umwandlung der bloßen vom Kaiser abhängigen Territorialgewalt in eine unabhängige Landesfreiheit ist das System, als dem Absolutismus förderlich, in die Landrechte übertragen worden. Seine Wirksamkeit hat materiell aufgehört, wo der absolut regierte Feudalstaat in einen modernen Verfassungsstaat umgewandelt ist. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten von Fürst und Volk sind nunmehr durch einen Fundamentalvertrag — durch die beschworene Verfassung — regulirt. Danach aber ist es klar, daß in Deutschland von einer Herrschaft der Kirche über den Staat, gleichviel in welchen Formen, für weltliche Angelegenheiten nicht mehr die Rede sein kann. Zu diesen zählt auch der Unterricht in allen Bildungsanstalten, wie wir dies auch in der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 (Art. 23) ersehen. Wenn jetzt noch eine Gemischung rein kirchlicher Elemente in die höheren Bildungsanstalten stattfindet, so ist das ein Zeichen, daß die unerlässliche Auseinandersetzung zwischen der Kirche und den höheren Bildungsanstalten durch ein Unterrichtsgesetz noch nicht vollzogen worden ist, die Prinzipien der Weltlichkeit aller höheren Bildung in den Landesverfassungen

also ihre administrative Durchführung erwarten. Es erscheint hier nach geschichtlich unrichtig, noch jetzt ein Prädominiren der Kirche in den höheren Bildungsanstalten, oder auch nur einen Einfluß jener auf diese, als zu Recht beständig zu behaupten, weil man die schließliche Entwicklung des modernen Rechtsstaates nicht anzweifeln oder übersehen darf.

Damit sind die Bedenken Dergenigen widerlegt, die in gutem Glauben die Fortdauer solcher Zustände behaupten. Es bleiben nur diejenigen übrig, die ihrer eignen Zwecke willen nach gelehrten Schulen suchen, um eine geistige Rekonstruktionsbill im spätgotischen Stil durchzuführen. Sie gefährden aber die Zweck der humanitorischen Erziehung und sind deshalb abzuweisen; die Theorie ist nicht der Zweck der Gymnasiaten.*

Aber es tritt noch eine zweite Gefahr für das geistliche Fortblühen der Gymnasiaten, als der Stätten der wahren Humanität, sichtbarlich hervor. Wir meinen das sogenannte Rücksichtsprinzip, das sich zunächst an die klassischen Wissenschaften schmiegt, um sie dann zu überwuchern. Schon Friedrich August Wolf warnte im Anfange unseres Jahrhunderts vor dem Eindringen der studia mercenaria (der Brodstudien), und seit jener Zeit hat diese dem Grundcharakter des deutschen Volkes gewiß nicht vortheilhafte Richtung umso mehr Boden gewonnen, als die Industrie und tausendfältige Erfindungen im Reiche der Mechanik die Mittel zum bequemen Lebensgenüsse ohne angestrengte geistige Arbeit in der Domäne der edleren Wissenschaften reichlich geboten haben. Nur vergessen diejenigen, die dieser Richtung huldigen, daß man damit nichts weiter als breite Mittelmäßigkeiten aufzieht.

Wahr, daß man durch eine elegante Kenntnis des griechischen und römischen Alterthums noch nicht im Stande ist, ohne eigene geistige Tätigkeit mühselos ein großes Vermögen zu erwerben. Ebenso wahr aber, daß man im Besitz der Kenntnisse des klassischen Alterthums in seiner Totalität auch die geistigen Mittel in Händen hat, um seine Kenntnisse nach allen Seiten hin erfolgreich auszubauen, so viel zu erwerben, als uns zu unserer Nothdurft kommt, diesen Gewinn aber durch den unvergänglichen Reichthum klassischer Bildung zu adeln. Und was hilft es uns, unserem Privatnugen gleich geistigen Tagelöhnen nachzugehen, wenn wir darüber unsere erste und vornehmste Pflicht, die gegen den Staat, vernachlässigen, in dem unser ganzes Wesen aufgehen muß? Es möge genügen, im Vorübergehen zu bemerken, daß der beste englische Geschichtsschreiber über Hellas ein englischer Banquier ist. Uns dünkt daher, daß klassische Studien mit der verständigen Sorge um das eigene Vermögen nicht so ganz unvereinbar sein müssen, als man gemeinhin glaubt.

Wir halten auch ferner an unserer Überzeugung fest, daß eine Art der Erziehung, nämlich die klassische, für alle höheren Berufszweige des öffentlichen, sowie des bürgerlichen Lebens genügt. Wir wünschen demgemäß, daß die wissenschaftliche Klassizität sich nicht bloß, wie jetzt, auf die offiziellen Sphären beschränke, daß sie nicht bloß hauptsächlich im Stande der Juristen und Mediziner für das praktische Bedürfnis des Lebens ihre Träger bei uns finde, sondern wir begehrn noch viel mehr, daß diese Art der Erziehung auch auf alle Berufsbereiche ausgedehnt wird, die sich jetzt von ihr fern halten. Wenn aber — wie zu erwarten steht — diesem Wunsche jedoch nicht Rechnung getragen werden wird, so möge eine vollständige Trennung beider Studien vorgenommen werden: die Klassizität für die offizielle oder besser, die Konflassizität für die nicht offizielle Welt, das ist vorläufig unsere Stellung.

Wir fassen unsere Betrachtungen über das Ziel des Gymnasialunterrichts dahin zusammen:

„Er soll auf der Grundlage der klassischen Bildung mit Fernhaltung literarischer Einflüsse und bloß utilitarischer Bestrebungen zur wahren Humanität hinführen.“

*) Für unsere Provinz hat die Stärkung der Konfessionalität der Lehranstalten besonders unheilvolle Wirkung gehabt. Vor 1848 war die strenge, oft bis zu offener Feindschaft sich steigernde Absonderung zwischen Deutschen und Polen hier unbekannt. Die Kinder der Deutschen und Polen besuchten dieselben Lehranstalten und die dort geschlossenen Jugendfreundschaften hielten oft für Leben aus. Die Entzweiung zwischen den Nationalitäten hat freilich politische Gründe gehabt, aber die Schule hat diese durch konfessionelle Scheidungen anstatt zu mildern, verschärft.

Deutschland.

Berlin, 12. Mai*). Man kann als gewiß annehmen, daß die Anwesenheit des Grafen Stollberg-Wernigerode in Berlin mit den definitiven Festlegungen für die Reise des Königs in die Provinz Hannover im Zusammenhange steht. Daraus geht denn gleichzeitig hervor, daß die Details dieser Reise überhaupt noch nicht bestimmt sein könnten. — Das „Frankfurter“ weist jetzt in sehr beredten Zahlen nach, daß Frankfurt durch seinen Anschluß an Preußen in seinen Interessen nicht nur nicht beschädigt, sondern daß alle wesentlichen Symptome vorhanden sind, welche den wachsenden Verkehr der Stadt bekunden, der sich auch aus den Zahlen der wichtigsten Einfuhrartikel ergibt. — Durch die Substationenordnung vom 15. März d. J. sind einige Bestimmungen, welche auf die sogenannten adeligen Güter Bezug hatten, nicht un wesentlich alterirt worden.

* Verpäät eingetroffen.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgesparte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

den. So ist z. B. die Vorschrift der Allgem. Ger.-Ordn. aufgehoben, nach welcher bei adeligen Gütern nur dann der Zuschlag erhält werden soll, wenn wenigstens ⅔ des Tarifvertrages geboten würden. Ferner ist die Befugniß der landw. Kreditinstitute beseitigt, wonach dieselben ermächtigt waren, den Zuschlag zu verhindern, so lange die landschaftlichen Forderungen nicht durch das Gebot gedeckt sind. Der Minister des Innern hat deshalb dem landwirthschaftl. Direktorium und Generaldirektionen zu erwägen gegeben, ob mit Bezug darauf das Reglement für die landwirthschaftlichen Kredit-Institute, namentlich in Beziehung auf die Beileitung adeliger Güter nicht einer Änderung zu unterwerfen sei. — Nach § 5 des Ges. ges vom 5. Juli 1868 hat der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesrat eine Instruktion für den Reichshof des Norddeutschen Bundes erlassen. Der Entwurf derselben ist nun dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt. — Die „Prov.-Korr.“ beschäftigt sich in ihrer heutigen Nummer mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagsnahme des Arbeitslohns und den dabei gepflogenen Debatten. Aus dem Umstände, daß sie ein Zustandekommen des Gesetzes in seiner gegenwärtigen Gestalt für wahrscheinlich hält, darf man wohl annehmen, daß der Bundesrat seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstags ertheilen werde. — Auch den Steuervorlagen widmet die „Prov.-Korr.“ einige Worte, während sich die „Sp. 3.“ heute mit diesen Vorlagen ausführlicher beschäftigt, indem sie besonders den Ton darauf legt, daß es sich dabei keineswegs allein um die Deckung des preußischen Defizits, also nur um preußisches Interesse handle, sondern um die Gesamterleichterung an Matrikelbeiträgen, welche ohnehin in ihrer Eigenschaft als Postulate keine geeignete Basis für die Beschaffung der Bundesmittel bilden. — Ein Wiener Korrespondent der „A. A. Z.“ legt eine Parallele zwischen dem Verhalten des österreichischen und des preußischen Generalstabes mit Rücksicht auf die veröffentlichten Werke. Bekanntlich, sagt er, hat das preußische Generalstabswerk zu Nellaionen der italienischen Regierung Veranlassung gegeben und Graf Bismarck habe darauf auch erklärt, er sei nicht verantwortlich für diese Auslassungen. Der Korrespondent vergiftet dabei aber ganz die Verschiedenheit des Falles. In dem preußischen Generalstabswerke handelt es sich lediglich um militärische Urtheile, in dem österreichischen ist dagegen eine gesetzliche Veröffentlichung und sind daran außerdem verdächtige politische Bemerkungen geknüpft. — Welche Sympathien Graf Bismarck auch unter den deutschen Amerikanern findet, dies ergiebt sich unter Anderem aus der in der Nordamerikanischen Union erscheinenden deutschen Zeitschrift „Columbia“. Dieselbe bringt einen Auszug aus dem Heftelichen Weile über den Grafen und heilt namentlich auch darin enthaltene Briefe desselben mit. Dabei bemerkt das Blatt, daß diese Mittheilungen den Staatsmann in aller seiner Größe und Ebenenwürdigkeit erkennen lassen. Man erkenne ihn daraus als eine gute und edle Natur. Graf Bismarck sei ein Ehrenmann, ein Christ und ein trefflicher Mensch, dem man tüchtig vertrauen dürfe. — Die Verwaltung der Kommunal-Telegraphenstationen wird nach einem der Bundes-Telegraphen-Verwaltung entworfenen Reglement stattfinden. Die Anstellung des Dienstpersonals ist Sache der Kommunen, doch dürfen nur von der Bundes-Telegraphen-Verwaltung qualifiziert Befundene zur Anstellung kommen. Den Kommunen wird empfohlen, das Engagement des Stations-Borstandes nach den Grundsätzen der Bundes-Telegraphenverwaltung zu bewirken. Für das Betriebsreglement ist das der Bundes-Telegraphen-Verwaltung maßgebend. Wegen des prompten Dienstbetriebes sollen die Kommunal-Telegraphenstationen von der Bundes-Telegraphen-Verwaltung inspiziert werden. Die Depeschen-Gebühren sind die der Bundes-Telegraphen-Verwaltung. Diese Gebühren sind, nach Abzug von 5 Sgr. (18 Kr. südlich W.), für jede aufgegebene Depesche, ohne Rücksicht auf die Wortzahl, an die betreffende Bundes-Telegraphen-Verwaltung abzuführen. — Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. haben viele Gutsbesitzer, dem Beispiel des Grafen Solms-Sonnenwalde folgend, ihre Güter zu Versuchsstationen für die Unterweisung der Elementarlehrer in der Obstbaumzucht hergegeben, auch selbst den Unterricht geleitet.

Berlin, 13. Mai. Auch heute lassen sich noch keine ganz bestimmten Angaben über das Reiseprogramm des Königs machen. Über einzelne Termine desselben dürfte aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit Folgendes gelten. Im Anschluß an die früheren Mittheilungen bestätigt sich zunächst die Reise nach Hannover, von dort nach Wunsdorf, Verden, Bremen, Bremerhaven nach Oldenburg und der Fahrt; dann nach Ostfriesland über Aurich und Emden, an welchen beiden Orten der König wahrscheinlich Nachtquartier nehmen wird; fernerhin nach Leer, Emden, Osnabrück, von dort über Minden, Bückeburg, Bielefeld, Hamm nach Münster; endlich über Lippstadt und Warburg nach Kassel, resp. Wilhelmshöhe, wo der König wahrscheinlich 3 Nachtquartiere halten wird. So viel bis jetzt bestimmt ist, werden u. A. Truppenbesichtigungen in Kassel und Goslar und auf der Rückreise in Nordhausen, Sangerhausen und Halle stattfinden. — Wie man hört, sind die Ernennungen des Wirkl. Geh. Oberfinanzrath Bitter zum Unterstaatssekretär

im Ministerium des Innern und Geh. Reg.-Rath Schuhmann als Nachfolger desselben im Finanzministerium bereits vollzogen. — Der Kreisiger-Dir. Kampagnant hat in Folge seiner Versezung nach Görlich das Mandat als Abgeordneten für den 8. Merseburger Wahlbezirk niedergelegt. — Die Marinebehörde hat mit dem Maschinenfabrikanten Egels zu Berlin einen Kontrakt abgeschlossen auf Lieferung einer kompletten Schiffsdampfmaschine nebst Kessel für die im Bau begriffene Korvette Ariadne. — Von Seiten des Bundesbevollmächtigten für Mecklenburg-Schwerin ist beim Bundesrathe der Antrag zur näheren Erwähnung gestellt worden: ob es sich als thunlich erweise, behufs eines ausreichenden Gewinnes an Zeit zur Einholung der Instruktionen einen Zeitraum von wenigstens 14 Tagen festzusezen zwischen der Erstattung der Ausschusserichte und den Beschlüssen des Bundesraths. — Das neueste Heft der preußischen Jahrbücher bringt ein Aktenstück, enthaltend den Bericht des Frankfurter regierenden Bürgermeisters Müller über seine Mission ins Hauptquartier 1866. Derselbe ist auch in der „K. Z.“ und in der „Schles. Z.“ veröffentlicht. Die Jahrbücher begleiten dieses Aktenstück mit der Bemerkung, daß sich auch aus diesem Bericht bestätige, wie übel geleitet damals Frankfurt gewesen. In allen politischen Kreisen spreche sich die Meinung aus, daß der Berichterstatter und die ihm nahestehenden Kreise im Dunkel ihrer damaligen Stellung, so kurzfristig gewesen wären, eine Einverleibung Frankfurts in Preußen für ganz unmöglich zu halten. Man habe von Seiten Frankfurts sehr Unrecht gethan, die offenen und unumwundenen Erklärungen des Grafen Bismarck für diplomatische Kunstgriffe zu halten, weil Frankfurt weit besser gethan hätte, wenn es Bismarcks Rath gefolgt wäre und sich willfährig gezeigt hätte, in welchem Falle jedenfalls die Stadt in die bevorzugte Stellung gekommen wäre, die ihr der König in Rücksicht ihrer bisherigen Bedeutung zugedacht hatte. — Der mexikanische „Monitore republikano“ hat dem Generalkonsul des Norddeutschen Bundes eine sehr freundliche Begrüßung entgegengetragen. Es herrscht eine sehr günstige Stimmung für den Norddeutschen Bund, als die erste europäische Macht, die sich mit der gegenwärtigen Regierung Mexikos wieder auf gutem Fuß gestellt und offizielle Verbindungen angeknüpft habe. Voraussichtlich wird diese Auffassung den Deutschen in Mexiko sehr zu gute kommen. — Die ungarischen Blätter geben fast jämmtlich die Erklärungen der „W. Abendpf.“ über die Depecheangelegenheit wörtlich wieder. Ein großer Theil hält das Brechen des Schweigens der österreichischen Regierung für sehr erfreulich, bezogt aber, daß damit noch immer nicht erklärt sei, wie Österreich in den Besitz dieser Depeche gekommen. Die Erklärung der „W. Abdp.“ meinen sie, werde die preußische Regierung nicht befriedigen und die Veröffentlichung sei und bleibe eine Beleidigung. „Hayak“ hält die Veröffentlichung für einen Fehler und einen Beweis, daß der Generalstab nicht die Behörde sei, die sich mit politischer Geschichtsschreibung befassen dürfe. — Außerdem zeigen sich ungarische Blätter sehr befriedigt über die offizielle Feststellung der Benennung des Kaiserthum Österreichs für Cisleithanien. Der Dualismus ist damit tatsächlich konstatirt. Ein Prager Korrespondent in einem ungarischen Blatte beschwert sich außerdem, daß die ungarische Presse sich gar nicht der Czechen annehme. Der Ausnahmezustand in Böhmen dauere fort und sei nur auf dem Papier aufgehoben.

A Berlin, 13 Mai. Mit der in Absicht genommenen neuen Formation der den Festungsbesetzungen zugetheilten Kavallerie- und Artillerie-Abtheilungen, wie der Kommandos an Jägern und Pionieren findet sich den neueren Mittheilungen zufolge zugleich eine veränderte Wirklichkeit der Festungsbesetzungen in Verbindung gebracht, welche auf eine erhöhte Ausnutzung dieser Besatzungstruppen, wie überhaupt der Festungen abzielt, und die geeigneten Fälle sich von der höchsten Tragweite erweisen dürfte. Es soll nämlich durch diese veränderte Formation den Festungen ein bisher gar nicht, oder doch nur höchst unvollkommen besessenes offensives Element beigelegt werden, welches die Besetzungen derselben durch die ihnen gewährte taktische Organisation befähigt im Rücken einer etwa bis über den Umkreis des betreffenden festen Platzes vorgedrungenen feindlichen Armee bis auf weite Entfernungen selbstthätig und angriffsweise aufzutreten. Die neuere Zusammenstellung der norddeutschen Festungsbesetzungen in ihrem Haupttheil aus altgedienten Landwehren, begünstigt dieses Vorhaben allerdings ganz außerordentlich, indem diese vollkommenen kriegstüchtig ausgebildeten Truppen jede beliebige Verwendung gestatten. Um die Wirklichkeit der so ins Auge gefaßten Formation aber noch zu erhöhen, soll

B. Reise-Erinnerungen aus dem Orient.

15. Der erste Eindruck von Konstantinopel.

So wäre ich endlich in R., so hätte ich erreicht, was mir in jugendlichen Jahren als ein heiß ersehnter, unausführbarer Wunsch vorschwebte. Ich bin fern von meiner Heimat, in der Hauptstadt der Türkei, welche einst Europa mit seinen wilden Horden zu überschwemmen und der christlichen Welt ein hartes asiatisches Toch aufzulegen drohte, von wo aus aber noch heute der ganzen muhammedanischen Welt in 3 Erdtheilen Gesetze vorgeschrieben werden.

Ich fühle mich jedoch den Schwierigkeiten einer pragmatischen Darstellung eines Gemäldes der türkischen Hauptstadt nicht gewachsen. Die übrigen europäischen Hauptstädte haben so viel mit einander gemein, daß, wenn man eine davon kennt, man sich in jeder leicht zurecht findet. Ganz anders ist es mit R. Hier sind die Vorstellungen, die man von anderen Kapitalen erlangt hat, kaum anwendbar. Alle Analogien damit hört auf. R. ist einzig in seiner Art. Es drängen auf den Beobachter so viele neue Erscheinungen ein, daß er alle seine geistigen Kräfte zusammennehmen muß, um sich in diesem Labyrinth nicht zu verlieren. Nur Fragmente und einzelne zusammenhangslose Skizzen dürfen Sie daher von mir erwarten. Sie glauben kaum, wie sehr man mit sich zu kämpfen hat, ehe man das Überraschende der ersten Eindrücke überwindet; man ist wie betäubt in dieser fremden Welt, diesem wirren Treiben, diesem Markt des Luxus und der Sinnlichkeit, der Selbstsucht und des Eigennützes.

Bei der Ankunft in R. hat man keine Polizeiformalitäten zu erfüllen. Die Polizei nimmt in R. keine Notiz von dem

diesen Besetzungen ein gegen früher bedeutend erhöhter Stand an Kavallerie und Feldartillerie zugetheilt werden, so daß sich für dieselben je nach der Größe der betreffenden festen Plätze demnach ein Auftreten mit völlig geschlossenen und aus allen Waffen zusammengesetzten Abtheilungen bis zu der Stärke einer Division ermöglicht, deren Thätigkeit sich dann vorzugsweise wider die rückwärtigen feindlichen Verbindungen, Magazine, Eisenbahnen gerichtet finden würde. Ein Unbeachtlassen der Festungen, wie preußischerseits noch im Kriege von 1866 mit den böhmischen festen Plätzen und theilweise sogar mit Olmütz geschehen, würde sich demnach für die norddeutschen festen Plätze jedem Feinde fernerhin unmöglich erweisen und hierdurch eine noch erhöhte Sicherheit des preußisch-norddeutschen Gebiets erzielt werden. Beachtungswert erscheint noch außerdem, daß die im letzten amerikanischen Bürgerkriege beiderseits so häufig und mit dem günstigsten Erfolg angewendeten weiten Streifzüge im Rücken der feindlichen Armee mit dieser hier in Absicht genommenen Idee zugleich auch eine so glückliche und durchaus sachgemäße Übertragung auf die deutschen und europäischen Verhältnisse erfahren haben würden, wie sich aus Mangel an gleich militärisch vorgeübten Besatzungstruppen keine der anderen großen europäischen Mächte in der Lage befinden würden, bei ihren Festungen auch nur annähernd eine ähnliche Verwertung erwirken zu können. — Die Überlegenheit des preußischen über das englische und jedes andere Geschützsystem ist jetzt auch französischerseits anerkannt worden. Den unmittelbaren Anlaß dazu hat das Vorgehen Belgiens gegeben, von welchem Staat Ausgang vorigen Jahres bereits ebenfalls die Krupp'schen Hinterladungsgeschütze angenommen worden sind, und wo vorausgehend mit denselben auf den Polygon von Bráschaet bei Antwerpen Versuche stattgefunden haben, durch deren Resultate die bei den vorjährigen Schießversuchen erzielten Ergebnisse noch übertrffen worden sind. Es hat dieser Vorgang aber zugleich in Frankreich den Leistungen der eigenen schweren Artillerie eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet, über welche bisher, wie überhaupt über alle Erscheinungen auf militärischem Gebiet von Seiten der französischen Regierung ein tiefes Schweigen beobachtet worden war, und das Erstaunen der Franzosen ist nicht gering, daß eigne Geschützsystem in beinahe allen Beziehungen den schweren Geschützen der übrigen Nationen und namentlich den Krupp'schen Hinterladungsgeschützen weit nachstehend zu finden. Es stellt sich nämlich nach den erfolgten authentischen Veröffentlichungen die Aufangsgeschwindigkeit bei den preußischen neunzölligen Hinterladungsgeschützen auf 408,00, bei dem belgischen gleichen Geschütz sogar auf 426,64, bei dem neunzölligen englischen Geschütz auf 408,10, bei der diesem Kaliber ungefähr entsprechenden französischen 24 Centimeter-Kanone hingegen nur auf 336,00. Ebenso war die Eindringung der Geschosse bei dem preußischen Geschütz 1079, bei dem englischen 853 und bei dem französischen nur 667. Nicht minder erweisen sich die französischen schweren Geschütze aber auch denen der anderen Mächte und namentlich der Krupp'schen Gußstahlgeschützen weit in ihrer Haltbarkeit nachstehend, indem bei der 24 Centimeter-Kanone neuer Konstruktion bei 48 Pfund Pulverladung und einem Vollgeschoss von 288 Pfund bereits mit 281 Schuß derartige Sprünge und eine so auffällige Abnützung der Züge eingetreten waren, daß die Versuche mit diesem Geschütz eingestellt werden mußten. In dem „Spectateur militaire“, einem der bedeutendsten französischen Militär-Dorgane, wird deshalb auch einfach und unmittelbar die Einführung der Krupp'schen Hinterladungsgeschütze bei der französischen Marine- und Küstenartillerie gefordert, und muß in dieser so durch die Leistungen des neueren preußischen Geschützsystems den Franzosen abgerungenen Anerkennung unbedingt ein neuer großer Triumph der norddeutschen Geschütz- und Geschoss-Industrie erkannt werden. — Auch für Portugal steht gegenwärtig das preußische norddeutsche Wehrsystem im Begriff das geeignete Vorbild zu liefern. Die neue portugiesische Wehrverfassung ist nämlich bis auf einzelne, durch die lokalen Verhältnisse bedingte unwesentliche Abweichungen genau der neuen preußisch-norddeutschen Wehrverfassung nachgebildet und wird dies als eine wichtige Empfehlung in den einleitenden Motiven ausdrücklich hervorgehoben. Wie zuvor schon in Rumänien würde übrigens auch dort die wesentlich den französischen Heereseinrichtungen nachgebildete bisherige Wehrorganisation der neueren preußischen Formen weichen müssen.

— In Reichstagskreisen wird, der „B.- u. H.-Z.“ zufolge, der Plan besprochen, die gesammelten Steuervorlagen en

durch eine allgemeine Debatte, in welcher der ablehnende Standpunkt der Versammlung dargelegt werden soll, abzuwickeln. Diese Debatte, welche selbstverständlich erst nach dem Pfingstfeste stattfinden kann, würde dann auch die Abkürzung der Session zur Folge haben.

— Das Gesetz über die juristischen Prüfungen wird, wie die „Kreuztg.“ im Gegensatz zu andern Mittheilungen hört, demnächst publiziert werden.

— Die Konferenzen des Ausschusses des deutschen Handelsstags werden statt schon am 24. erst am 31. d. M. ihren Anfang nehmen. Aus diesem Grunde wird auch die Delegiertenkonferenz der Seestädte erst später als beabsichtigt zusammentreten.

— Es finden in diesem Jahre achtägige Landwehrübungen statt. Im Allgemeinen kommen von den übungspflichtigen Wehrleuten der Infanterie vorzugsweise die in den Jahren 1860 und 1861, dann aber auch die in den Jahren 1859, 1858 und 1857 Eingetretenen zur Einziehung.

— Der schweizerische Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 10. d. M. beschlossen, den Regierungen des Norddeutschen Bundes, Badens und Italiens die Bereitwilligkeit zu erklären, auf Unterhandlungen betreffend die Herstellung der Gotthardbahn einzutreten. Er heißtt ihnen zu diesem Zwecke Plan, Längenprofil, Baubeschreibung und Finanzprogramm für die Gotthard-Unternehmung mit und schlägt ihnen vor, auf Grund dieser Vorlagen die weiteren Verhandlungen in einer Konferenz zu pflegen, zu welcher Bevollmächtigte der Schweiz, des Norddeutschen Bundes, des Königreichs Italien und des Großherzogthums Baden in Bern zusammenentreten würden. Er geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die gegenseitig zu übernehmenden Verpflichtungen durch einen Staatsvertrag festgestellt werden sollen, zu dessen Diskussion die oben erwähnten Vorlagen die unpräjudizirliche Basis enthalten.

— Am Mittwoch starb hier der Prof. A. F. Kreh, Direktor des Friedrichs-Gymnasiums und der Friedrichs-Realschule, an der Eungenentzündung. Er war ein Schwager des Staatsministers a. D. Grafen Schwerin-Puhr.

— Wir haben vor einigen Tagen den Bericht der Herren Lislo, Sydow u. Müller über die Friedrich-Werdersche Synode abgelesen und am 14. April auszüglich mitgetheilt. Derselbe wird wahrscheinlich der Ausgangspunkt neuen Streites werden. Bereits hat die „Kreuztg.“ den Fehdehandschuh aufgenommen, indem sie an denselben „einige Bemerkungen“ knüpft. Sie sucht die Erklärung der Einundzwanzig auf der vorjährigen Synode, daß den Geistlichen, welche dem Protestantverein angehören, die Kanzeln der evangelischen Landeskirche verschlossen werden müßten, als eine „Abwehr“ hinzustellen gegenüber den Provokationen des Protestantvereins. Daß ein solches Vorgehen in der That keine Abwehr ist sondern ein scharfer Angriff auf die Existenz dieser Geistlichen, leuchtet wohl jedem ein. Thatsächlich berichtigt die „Kreuztg.“ nichts. Auf eine Widerlegung des Vorwurfs, daß derartige Erklärungen überhaupt ungesetzlich wären und den Ordnungen der Synode widerprächen, verzichtet sie einstweilen. Nur das Eine hebt sie hervor — und sie weist dabei auf das Posener Konistorium hin — „daß ein Urtheil über Richtungen und Bestrebungen, welche sich innerhalb des Synodalkreises geltend machen wollen, keineswegs ein usurpirtes disziplinarisches Richter über Personen und deren Gewissen in sich schließt. Was einzelne Persönlichkeiten sich aus solchen Erklärungen für sich herausnehmen, und wie sie sich in ihrem Gewissen dazu stellen wollen, das sieht in ihrer Freiheit. Jedenfalls hat der Protestant-Verein darum, weil er nicht auf die Grenzen einer Diözese beschränkt ist, sondern zu den allgemeinen Nothständen unserer evangelischen Kirche gehört, kein gesetzliches Privilegium, das ihn vor Angriffen auf einer „kleinen Kreissynode“ schützte. Legt er doch durch sein Manifest u. s. w. die in den Tagesblättern überall hin getragenen werden, auch kleineren Kirchenkörpern die Nothwendigkeit nahe, sich gegen seine Grundsätze zu verwahren, die noch neuerdings wieder von dem Posener Konistorium als „grundstürzend“ bezeichnet worden sind. Dasselbe Konistorium hat die durch das Auftreten jenes Vereins angeregte Frage nach den Grenzen der kirchlichen Lehrfreiheit für die brennendste unter allen kirchlichen Fragen der Gegenwart erklärt. So wird auch Mitglieder einer Kreissynode kein begründeter Zadel treffen können, wenn sie an ihrem bescheidenen Theile an dem Kampfe wider den Protestant-Verein sich beteiligen.“

Fremden, er wird weder nach Namen noch nach Paß, noch nach Reisezweck gefragt. Er kann thun und lassen, was er will, wenn er nur immer баар bezahlt. Das erste türkische Wort, welches der Reisende lernt, ist Backisch (Trinkgeld), es wird ihm überall, wo er in die Deffentlichkeit tritt, entgegengerufen mit nach ihm ausgestreckten geöffneten Händen. Dennoch ist es gut, sich bei seiner Gesellschaft zu melden, zumal bei der preußischen, die durch so liebenswürdige und gefällige Persönlichkeiten repräsentirt wird. Es ist dies zweckmäßig, theils der Belehrung, theils des möglichen Schutzes wegen, da sich die Gauner, unter denen am meisten die Italiener zu fürchten sind, an ihn herandrängen, um ihn auszubeuten. Wenn man Newyork als den „Spucknapf“ von Europa kennzeichnet, kann man R. den Spucknapf der ganzen alten Welt (Europa, Asien, Afrika,) nennen, deren Abenteurer und Schwindler hier zusammenströmen.

Gord Byron sagt: „Ich sah Athens geheiligte Räume, Ephesus Tempel, ich war in Delphi; ich habe Europa durchstreift von einem Ende zum anderen und Asiens schönste Länder besucht, aber niemals erlebte mein Auge ein Lebend, dem von R. vergleichbar.“ — Man muß jedoch dazu nicht von der Landseite kommen, um R. allmählig aus dunklen Cypressenwäldern erscheinen zu sehen, wo die alten zerstörten mit Ephes umrankten Mauern Zeugen grausamer Vergangenheit sind. Es erfüllt mit Wehmuth zu wissen, daß jene Cypressen aus der Verwesung ganzer begrabener Nationen keimen, und daß jene grün bewachsene Steinhaufen die Mauern des alten Byzanz waren.

Stambul ist einer großen Blume vergleichbar, welche von der einen Seite mit einem unscheinbaren Deckblatt umgeben ist, mit welchem sie an den Felsgestaden von Rumili nach Norden anlebt, während sie der südlichen Sonne und den glänzenden

Spiegeln, welche zwei Meere vor ihr ausbreiten, das glühende Antlitz darbietet. Man muß in einem Boote nach Scutari hinüberfahren, wie man vor einem Gemälde zurücktritt, um es besser zu würdigen; man muß sich auf einem anderen Welttheile niederlassen, um das großartige Bild, das sich vor unjeren erstaunten Augen entfaltet, mit seiner vollen Schönheit in sein Herz aufzunehmen. Schiller sagt vom Sänger: „Er breite es lustig und glänzend aus das zusammengefaltete Leben; er drücke ein Bild des unendlichen All in des Augenblicks flüchtig verlaufenden Schall.“ Danach ist R. der größte Dichter oder vielmehr das größte Gedicht, denn es ist das mit einem einzigen Blick zu umfassende, glänzendste, farbenreichste Bild des unendlichen All.

Wie Rom ist R. auf sieben Hügeln erbaut, deren Abgrenzung deutlich erkennbar ist. Der äußerste Hügel ist dem Marmara-Meere zugewandt und wird von ihm unmittelbar bespielt. Auf seiner ins Meer hineinragenden Spize, auf einer Landzunge Scutari gegenüber lag das alte Serai, welches abgebrannt ist, und an dessen Stelle Gärten eingerichtet sind, die zuweilen dem Publikum geöffnet werden. Dahinter steigen empor die weitläufigen Anlagen des neuen Serai mit buntverzetteten mannsfachen Gebäuden, größeren Palästen und kleineren Kiosks.

Was der Stadt einen so wunderbaren Reiz verleiht, sind die Hunderte von schlanken Minarets und die Haufen glänzender Kuppeln auf Moscheen und Grabmälern, die über den gewöhnlichen Wohnhäusern hervorragen.

So glänzend R. von außen anzusehen ist, so sehr es den Reisenden anlockt, sich zu beelten, bald unter den grünen Baumgruppen zu lustwandeln, die malerisch zwischen den Gebäuden

Über die Folgen des neu erwachten Kampfes denkt das Blatt sehr ernst. Es sagt:

„Die liberale Agitation wider die „Natter einer fanatischen Orthodoxie“, d. h. in Wahrheit wider die Grundlagen, auf denen unsere evangelische Kirche ruht, hat von Neuem begonnen; der „Berliner Kirchenstreit“ ist in sein zweites Stadium eingetreten. Kopernikus kann dies Mal nicht wieder als Reizmittel dienen, um die Theilnahme des Herrn „Omnis“ zu erregen. Der Kernpunkt der Gegenseite liegt klarer zu Tage und läßt sich nicht mehr durch allerlei Staubwolken verhüllen. Diese Vertiefung des Kampfes ist ein Gewinn, weil für ihn der Entscheidung näher führt.“

— Für das Letzte-Stipendium sind bis jetzt nach dem ersten ausgegebenen Bericht rund 1660 Thlr. eingegangen.

— Die Nachricht der „Magd. B.“, daß in Staßfurt eine Arbeiterversammlung stattgefunden habe, ist der „B. Btg.“ noch ganz unbegründet. Am Montag hat eine große Volksversammlung der Arbeiter und Arbeiterräume stattgefunden, in welcher der Kreislandrat Baron v. Steinäcker aus Brumby in Kalbe a. S., der Landrat von Bernburg, sämtliche Gendarmerien des Kreises und die Polizisten von hier zugegen gewesen sind; es sind aber keine Ereignisse vorgekommen.

Kiel, 13. Mai. (Tel.) Laut eingegangener Meldung ist Sr. M. Schiff „Viktoria“ am 22. April c. von Hamburg nach Vera-Cruz in See gegangen.

Hamburg, 13. Mai. Wie die „Hamb. Börsenhalle“ meldet, hat der Böllbundestrat in seiner letzten Sitzung das Regulativ für die Böllvereinsniederlage auf der Sternschanze hier selbst genehmigt.

E. Dresden, 12. Mai. Unsere Landtagswahlen sind, wie Ihnen berichtet worden, für den 4. Juni des Jahres ausgeschrieben. Die aufgestellten Wahllisten werden zu mancherlei Reklamationen Anlaß geben. Das diesjährige Steuerkataster wird erst im Laufe der Monate Mai und Juni fertig werden, also ist die an Zensus gebundene Wahlfähigkeit noch nach dem vorjährigen Kataster bemessen worden, und es läßt sich leicht einsehen, daß unterdessen viele aktive und passive Berechtigte dazugekommen, andere wegfallen sind. Es würde deshalb angemessen gewesen sein, die Wahlen erst pro Juli auszuschreiben, damit inzwischen die Zensusfrage geregelt worden wäre. Kommt es doch auf einen Monat später oder früher für die hiesigen Landtagsitzungen nicht an. Die Wahlen selbst werden partikularistisch auszufallen, da die konservative und die demokratische Partei in Sachsen die meisten Anhänger hat, sächsische Demokratie aber nicht mit preußischer zu verwechseln ist, letztere ist norddeutsch, erstere ist großdeutsch im Sinne der Föderativ-Monarchie von 1848. — Die religiösen Wirren dauern in einigen Städten Sachsen fort, namentlich in Riesa, wo Herr Pastor Böttcher unter dem Schutz der Kreisdirektion und des Kultusministeriums fortfährt, jedem Vernunftbegriffe Trost zu bieten. Dem Übertritte des protestantischen Grafen von Schönburg in Glaubach zur katholischen Religion gegenüber ist es immer erfreulich zu melden, daß der Prager katholische Priester Jäger, Beichtvater des Königs Johann im sächsisch-österreichischen Jahre 1866 zur protestantischen Religion übergetreten ist und am vergangenen Sonntage unter außerordentlichem Zulaufe der Dresdner Bevölkerung in hiesiger Sophienkirche einen Nachmittagsgottesdienst abgehalten hat. — Interessant ist ein Vorfall aus der wendisch-lausitzer Pflege, aus der wir früher die Sammlung für päpstliches Militär einberichteten. Ein frommer Prozeßführer, Namens Kuschke, bereits als „heiliger Kuschke“ bekannt in Sachsen, Böhmen, auch Preußen (Wittichenau u. s. f.) hatte widernatürliche Unzucht getrieben und war deshalb zu 6 Monaten Landesgefängnis verurtheilt worden. Trotzdem sang er am Palmsonntage und Charsreitage bei den wendischen Passionsgesängen in der Hauptkirche der wendischen Parochie (zu Baunen) die „Christusrolle“! Ja es haben die Ultramontanen sich hinterher sogar dafür verwendet, daß „ihre Kuschke“ zeitweilig aus der Strafanstalt entlassen werden möchte, auf daß er in gewohnter Weise den Prozeßninen vorstehen könne. Ländlich sittlich!

Darmstadt, 13. Mai. (Tel.) In der zweiten Kammer wurden heut bei der Berathung des Hauptstaats der Militärverwaltung für die Finanzperiode 1869 bis 1871 die betreffenden Beschlüsse der ersten Kammer zu Grunde gelegt. Das Haus beschloß bei den das Kriegsministerium betreffenden Tit. 1, 2 und 3 mit allen gegen 9 Stimmen, dem Beschlüsse der ersten Kammer (Verfügung einer runden Summe von 25,000 Fl.) beizutreten. Bei Tit. 4 „Kriegszahlamt“ wurden die geforderten 4035 Fl. in Übereinstimmung mit der ersten Kammer gegen 14 Stimmen verwilligt, und war dieser dem früheren entgegengesetzte Beschuß hauptsächlich durch die Erwägung veranlaßt, daß die Beamten dieser Behörde nach dem neuen Pensionsgesetze auf die preußischen Pensionen angewiesen sind und demgemäß auch die preußischen Gagen und Servissätze beziehen müssen. Bezügs-

lich der Tit. 9 und 10 „Militär-Justizverwaltung“ befinden sich beide Kammern ebenfalls in Übereinstimmung. Zu Tit. 12 und 13 „Besoldung des Kommandanten und Platzmajors der Festung Darmstadt“ beharrte die Kammer gegen 14 Stimmen auf ihrem früheren Beschuß (Verfügung von nur 1400 Fl. und Servis für einen Platzmajor und von 525 Fl. für sachliche Ausgaben).

München, 11. Mai. Zur Landtagswahl in München werden vom „patriotischen Verein“ der k. Staatsminister v. Lutz, der Präsident des obersten Gerichtshofs Hr. v. Neumayr und der rechtslustige Magistratsrath Hr. Ruppert als Kandidaten aufgestellt.

München, 13. Mai. (Tel.) Die gestern stattgehabten Urwahlen sind, soweit das Resultat bis jetzt bekannt ist, in München, Augsburg, Würzburg, Nürnberg, Anspach, Passau und Kehlheim entschieden liberal ausgefallen.

Oesterreich.

Wien, 12. Mai. Das Abgeordnetenhaus, welches gestern wieder eine Serie von Gesetzen herunterwarf, hat seine eigentliche parlamentarische Tätigkeit, streng genommen, bereits geschlossen und jene Angelegenheiten, welche in den letzten Wochen im Vordergrunde der Diskussion standen, wie Wahlreform, Zivil-Gesetz und galizische Resolution, sind, wie bekannt, von der Tagesordnung abgesetzt und dem Archiv des Hauses überantwortet worden. — Wie der „Lsgs. aus Mähren“ meldet, ist ein Theil des den Delegationen vorzulegenden, bekanntlich gegenwärtig in der Zusammenstellung befindlichen Rothbuchs bereits vollendet; die auf den griechisch-türkischen Konflikt bezüglichen Depeschen des Grafen Beust an den Internuntius Baron Profesch-Osten werden sämmtlich zur Publikation gelangen; es wird dadurch der Beweis geleistet werden, daß der Reichskanzler seinen Einfluß wesentlich zur Beilegung der obschwedenden Streitigkeiten mit Erfolg geltend machte. Auch die Instruktionen, die den österreichischen Botschafter am französischen Hofe, Fürsten Metternich, anlässlich der Pariser Konferenz zugekommen, sollen in der dritten Ausgabe des Rothbuchs niedergelegt werden.

Wien, 13. Mai. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Reichsrates erklärte Graf Potocki Namens der Polen bezüglich der neulich vom Präsidenten abgegebenen Erklärung, die galizische Resolution nicht mehr auf die Tagesordnung stellen zu können, daß die Polen vollständig die Überzeugung des Präsidenten teilen, diesen so wichtigen Gegenstand nicht unter dem Drucke der Session berathen zu sollen. Dieselben erkennen es als ihre Pflicht, mit Vermeidung jedes Umsturzes zur allgemeinen Versöhnung zu gelangen, sie beklagen die unterlassene Berathung der galizischen Resolution und lehnen hierfür jede Verantwortlichkeit ab.

Pest, 13. Mai. (Tel.) Die „Pester Korrespondenz“ schreibt: Sämtliche Parteien des Unterhauses haben ihre Adressen twürfe vollendet. Der Entwurf der Deaktpartei stimmt im Allgemeinen den Reformwünschen der Thronrede bei und betrachtet die Verfaßung von 1867 als Ausgangspunkt und Basis des Reformwerkes. Der Entwurf legt einen besonderen Nachdruck auf die Erhaltung des Friedens und spricht den in der Thronrede nicht enthaltenen Wunsch nach Einführung der Verfaßung in das Gebiet der Militärgrenze aus. In gemäßigter Form wird ferner die Einverleibung Dalmatiens in den Verband der Länder der Stephanskrona gefordert. Der Adressentwurf der gemäßigten Linken betont die Nothwendigkeit verschiedener Abänderungen der Gesetze von 1867 und erklärt sich im Übrigen mit den Reformplänen der Krone einverstanden. Die äußerste Linke erklärt in ihrem Entwurf rundweg jede Reform auf der gegebenen staatsrechtlichen Grundlage für unmöglich und entwickelt die staatsrechtlichen Ideen, welche sie für die Zukunft verwirklicht zu sehen wünscht.

Agram, 11. Mai. In der heute abgehaltenen Sitzung des Kapitels wurde in Folge des Todes des Kardinal-Erzbischofs Hausk Bischof Krämer einstimmig zum Vikarius gewählt.

Frankreich.

Paris, 11. Mai. Gestern hat Rochefort seinen schriftlichen Eid auf der Präfektur niedergelegt und heute veröffentlicht er sein Wahlbeschreib. Dasselbe lautet wie folgt:

Bürger! Wenn ich mich vor Euch als Kandidat präsentiere, so geschieht es, weil meiner Ansicht nach Frankreich neue Männer nötig hat, die das, was man uns zu verweigern wagt, fordern. Ich habe, um mich Eurer Wahl zu empfehlen, nur meinen unerfüllbaren Entschluß, zu kämpfen, und zu thun. Diejenigen unter Euch, welche die Agitation, die sich heute kundgibt, von ihrem Beginne an verfolgt haben, wissen, daß ich nicht zu-

hervorseen: um so mehr bedauert er, sobald er in der Stadt angelangt ist, sich nicht mit der bloßen Fernsicht begnügt zu haben. Alle Straßen Stambus sind enge, krumm, winklig und finster, da das obere Stockwerk meist über das untere hinausgebaut ist. Viele Häuser wenden der Straße nur eine bloße Mauer zu, indem die Fenster auf den Hof gehen; oder wenn Fenster nach der Straße angebracht sind, so sind sie verhängt, und gewähren einen traurigen Anblick. Entweder ist das Straßenspaziergang defekt oder fehlt ganz.

Unzertrennlich von der Physiognomie der Straßen von K. sind die Scharen herrenloser Hunde, welche auf der Straße geboren werden, leben und sterben. Sie gleichen in Gestalt am meisten unsern Schäferhunden, haben kurze Haare von schmutzig gelbbrauner Farbe. Viele sind räudig. Sie schleichen faul und träge umher und liegen mitten im Wege, ganz ausgestreckt, sich sonnend und schlafend, unbekümmert um das rege Straßengeschehen. Oft stehen sie wartend vor den Häusern, haufenweise vor Fleischläden und Garküchen oder sie durchwühlen einen Müllhaufen, der eben auf die Straße geschüttet worden ist, dessen Inhalt sie diskutieren. Sie reinigen die Straßen und versiehen das Amt unserer Scharfrichter, z. B. ein gefallenes Pferd oder Kind verzehren sie mit Haut und Knochen. Der Türke geht behutsam und schonend bei den Hunden vorüber; er ist unfähig, einem Thiere ein Leid zuzufügen, selbst seine Haut- und Kopfparasiten liest er nur ab und wirft sie fort, ohne sie zu tödten. Sogar die Pferde üben gegen diese Hunde Discretion, sie schreiten vorsichtig über sie fort. Jeder Hund hat sein begrenztes Revier, wie in manchen großen Städten jeder Bettler seinen Standort; wehe dem unglücklichen Hunde, der sein Gebiet überschreitet, er wird zur Strafe zerissen und zerrissen. Fremde

rückgewichen bin, als letztes Jahr zur nämlichen Epoche ich die „Panterie“ gegründet habe. Der Brief vom 19. Januar hatte uns die Pressefreiheit angekündigt. Ich hatte dieselbe auf naive Weise erwartet; da sie aber nicht kam, so nahm ich sie mir. Ich ging nach dem Auslande einzig und allein, um mein Werk fortzusetzen. Was ich jedoch in Paris inmitten der Verfolgung und des Hasses sah, werde ich von der Tribune des gesegneten Sohnes ohne Schonung und ohne Schwäche sagen, da ich alsdann noch die Autorität bestreiten werde, welche mir das von dem großen Pariser Volke ausgehende Mandat verliehen wird. Die Stunde ist gekommen, um diese unverantwortlichen Auguren zu entlarven, die sich nicht anzeigen können, ohne zu lachen, während wir anderen uns nicht anzeigen können, ohne zu weinen. Frankreich kann aus seinem krankhaften Schlaf nur in Folge einer wohlthätigen Krisis aufgerüttelt werden. Ich gehöre zu denen, welche entschlossen sind, sie hervorzurufen. Außerhalb der politischen Veränderungen zwingen sich die sozialen Reformen mit noch größerer Dringlichkeit auf. Als Demokrat und Sozialist werde ich alle diejenigen unterstützen, deren Bemühungen dahin gehen, das Wohlgehen des Arbeiters zu vermehren, indem man zugleich die oft schmerzhafte Dauer seiner beständigen Arbeit verringert. Die Arbeit muß darunter konstituiert werden, daß sie die Verstandeskraft entwidelt, aber nicht verduntelt. Als sehr einfache Sache, welche aber bis jetzt noch Niemand erlangen konnte, verlange ich, daß der Arbeiter und die Arbeiterin, um zu leben, nicht genötigt seien, sich zu töten zu quälen. Heinrich Rochefort, radikaler Kandidat.

Eine naive Seele! dieser Rochefort!

— Aufsehen erregt das Wahlbeschreib von Menan, der im Seine- und Marne-Departement als Kandidat auftrat. Menan spricht sich gegen die Revolution, gegen den Krieg und für die Reform aus. Die Idee des Krieges wird überall mit Nachdruck bekämpft, und es ist unmöglich, daß Napoleon III. durch so vielfache und energische Kundgebungen nicht beeinflußt werden sollte. In der Umgebung des Kaisers wird fortwährend davon gesprochen, daß die Zeit der Mittelpartei gekommen und daß unmittelbar nach den Wahlen die Regierung in die Hände Olliliers als erstem Minister gelegt werden soll.

— Das „Siedle“ veröffentlicht folgende Adresse, welche die algerischen Kolonisten an die französischen Wähler gerichtet haben:

Mitbürger! seit 1852 unserer Deputirten beraubt, haben wir nicht aufgehört, unser Recht auf Nationalvertretung zurückzufordern. Die Regierung hat uns dasselbe harndäig verweigert. Kann dieser Entschluß Bürger von der Abstimmung entfernen, die von keiner gesetzlichen Unfähigkeit betroffen sind? Die nationale Würde, so wie das Gewicht, mit dem Algerien in die Waagschale der Interessen und Geschicke Frankreichs fällt, erhebt sich, daß die drei algerischen Departements an den Berechtigungen der Abgeordneten des Landes Anteil nehmen. Dem allgemeinen Stimmrecht in seiner Vollmaß gebührt es, uns die Rechte zurückzugeben, die man uns geraubt hat; in Euren Komitien versammelt, werdet Ihr Eure Souveränität ausüben. Gebt uns drei Deputirte, einen für jede Provinz, aus unseren Reihen gewählt. Wenn das allgemeine und souveräne Stimmrecht diese Kundgebung für unsere mißkannten Rechte unterstützt, wird man uns dann noch länger in einem Zustande von politischer Unmündigkeit zurückhalten, der unsere Gefühle eben so sehr verletzt, als er dem Geiste unserer Institutionen zu wider ist?

Paris, 12. Mai. (Tel.) Heute Abend fand die von Emile Ollivier berufene Versammlung im Theater du Chatelet statt. Zahlreiche Menschenmassen hatten sich draußen zusammengerottet, einige Personen hatten die Gitter erklert, es herrschte lebhafte Aufregung; vielfach hörte man den Ruf: „Es lebe Baucel!“ Die Marschallaise wurde gesungen. Nach Eröffnung der Versammlung zerstreute die Polizei die Zusammenrottungen draußen. Die Verhandlung begann sehr spät und wurde sehr stürmisch. Olliviers Rede wurde häufig unterbrochen. Die Versammlung nahm ein plötzliches Ende dadurch, daß zwei der Anwesenden eine Prüfung anfingen. Beim Auseinandergehen erschollen die Rufe: „Es lebe Baucel!“ „Es lebe Ollivier!“

Spanien.

— Ein merkwürdiges Telegramm gelangt aus Paris in die Madrider Blätter:

Wie versichert wird, hat Isabella von Bourbon eine Unterredung mit einem offiziellen Gesandten des Grafen Bismarck gehabt, indem Preußen die Gunsten des Prinzen von Asturien arbeiten soll. Isabella macht sich anhängig, in Spanien die Kultusfreiheit sicher zu stellen und ein Bündnis mit Preußen für alle Wechselseile abzuschließen.

Für deutsche Leser bedarf es keines Wortes, um die Albertheit dieser Depesche ans Licht zu stellen; leider aber ist die spanische Presse mit Nachrichten ähnlicher Art manchmal wie überschwemmt, in denen besonders „Mynheer Bismarck“, wie der Norddeutsche Bundeskanzler zur Abwechslung auch genannt wird, eine Rolle spielt. Die welschen Quellen sind oft unschwer zu verfolgen; aber die meisten jener Tendenzlagen stammen aus dem „International“, von dem sich die spanische Unwissenheit über den Löffel barbiren läßt.

— Zahlreiche Einladungen zur Beteiligung an dem Anlaß von 35 Mill. Fr., welches Karlos VII., König von Spanien, aufzunehmen gedenkt, sind auch nach Madrid gelangt. Die Schuldsscheine sind auf 2000, 1000 und 200 Fr. ausgestellt,

mit einem über der Unterbau vorspringenden Söller, dessen eng vergitterte Fenster die Geheimnisse des Harems verborgen, gewähren für kurze Zeit noch ein Interesse. Schauder erregen die vielen Brandstätten und Trümmerhaufen, welche wenigstens den 5. Theil der Oberfläche von Stambul bedecken und in allen Quartieren wiederkehren: sie erinnern an die verheerenden Feuersbrünste, von denen K. so oft heimgesucht wird. Überall wo die Straße sich ein wenig erweitert, haben Kaufleute ihre Waaren ausgelegt; dabei ist in den Verkehrsstraßen in jedem 3. Hause ein Tabaksverschleiß. In nicht zu großen Zwischenräumen trifft man Geldwechsler, die in irgend welchem Winkel der Straße auf der Erde gekauert, ihre in Fächer getheilten Kästen, die mit verschiedenen Gold-, Silber- und Kupfermünzen gefüllt sind, Dutaten und Napoleonsd'or in Piastern auswechseln. Die Brotzel-, Zuckerbäcker, Obstverkäufer, Wurst- und Kaviarhändler schreien ihre Waaren mit gellender Stimme aus.

Der Eindruck des Großartigen aber, den man in den ersten Tagen in K. empfängt, verschwindet in einem wehmüthigen Gefühl, wenn man innerhalb dieser Mauern wandelt, wo so viel Größe untergegangen ist; wenn man diese Hügel hinanstiegt, welche die Gräber von Nationen bedecken. Nicht nur liegen die Begräbnisstätten innerhalb des Bezirks der Vorstädte und sind von den Wohnungen nicht geschieden, sondern man stößt auch fast in jeder Straße, bei jeder Moschee auf Privatkirchen, welche gleich Gärten von Mauern umgeben, durch vergitterte Dossenungen ihre Leichensteine zeigen, indeß melancholische Cypressen über die Einfriedigung emporragen. Überall trifft man auf Grabsteinen und Cypressen, man kann K. die Leichenstadt nennen — es ist ein großes Grab der Geschichte, in welchem auf die Dauer sich kein Lebendiger wohl fühlt.

und zu dem allerdings beschiedenen Sache von 30 Proz. zu erwerben. Wer auf diese Lockspeise anbeißt, wird genau diese 30 Proz. verlieren. Später, wenn Karlos den Thron seines Großvaters besteigen wird, sollen die übrigen 70 Proz. nachgezahlt werden; in diese Verlegenheit dürften die Gläubiger freilich nicht gerathen. Von karlistischer Seite behauptet man, die Anleihe sei schon untergebracht; dafür ist aber die Erklärung vorhanden, daß die Schuldcheine im Grunde nur eine verhüllte Sammlung unter den Anhängern des windigen Prätendenten vorstellen.

Madrid, 12. Mai. (Tel.) Die Cortes verwiesen in ihrer heutigen Sitzung ein gegen das Prinzip der erblichen Monarchie gerichtetes Amendement. — Der französische Botschafter Mercier de Lestende arbeitet, wie es heißt, dem Plane, eine Regentschaft zu errichten, entgegen.

Portugal.

Lissabon, 13. Mai. (Tel.) Die Cortes haben gestern einstimmig die Antwort auf die Thronrede votirt. — In den nächsten Tagen wird die Diskussion über den Indemnitätsantrag nur über die mit dem Hause Goeschens negocirte Anleihe stattfinden.

Italien.

Der Prozeß gegen die Theilnehmer an der kürzlich in Mailand entdeckten mazzinistischen Verschwörung wird mit Eifer betrieben; es liegen gegen die Angeklagten sehr gravirende Beweisstücke vor. Ordnische Bomben, Dolche und Proklamationen werden den Geschworenen vorgelegt werden, um dem Publikum zu zeigen, daß sie keine Erfindung der Behörden sind, wie die mazzinistischen Blätter behaupten. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf 15; die Anklage wird sich auf sieben oder acht andere Individuen erstrecken, welche flüchtig sind und meist in Lugano sich aufzuhalten sollen. Mazzini lädt jetzt durch seine Freunde jede Theilnahme an der Verschwörung in Abrede stellen, und diese behaupten sogar, daß er von derselben abgerathen habe. Es sollen aber hinlängliche Beweise dafür vorliegen, daß die ganze Sache in Lugano verabredet und vorbereitet wurde. Als einer der Hauptverschworenen, Brazzoduro, in Lugano ankam, wurde er von Mazzini mit offenen Armen empfangen und über sein Mitzgeschick getrostet, wobei Mazzini auf öffentlicher Straße, so daß viele Umstehenden sie hörten, die Worte hinzufügte: "Wir werden ein anderes Mal glücklicher sein." Auch die Proklamationen der italienischen Truppen, um sie zum Absatz zu verleiten, sind zum Theile aus einer Luganesischen Druckerei hervorgegangen. Pantano, Nathan und andere Verhaftete waren aus Lugano nach Mailand gekommen und hatten mit Mazzini verschiedene Zusammenkünfte gehabt.

Rußland und Polen.

!! Petersburg, 9. Mai. Der hiesige sehr ausgedehnte Verein zur Wahrung der Interessen deutscher Handwerker und Gewerbetreibenden lädt sich auch besonders die Unterbringung und Überwachung zureisender Gesellen und Arbeitssuchenden aus Deutschland angelegen sein. Dieser Verein, der seinen Sitzpunkt im deutschen Club hat und bereits über bedeutende Fonds disponirt, steht mit der Fremdenpolizei dahin in Verbindung, daß er über die Ankunft jedes Deutschen, der hier als Handwerker, Techniker oder sonst in einer Branche Beschäftigung sucht, Mittheilung erhält. Handlungsbeflissene, Künstler, Lehrer und andere nicht zum Gewerbestande gehörige Zureisende werden von dem Vereine nicht berücksichtigt. Dem Zureisenden wird, wenn er sich in den Schutz des Vereins begibt und die ihm gestellten Bedingungen — fleißig, nüchtern und ordentlich zu sein — zu erfüllen verspricht, eine seiner Befähigung angemessene Stellung verschafft und, wenn er mittellos ist, bis dahin Unterhalt gewährt. Sobald er eine Arbeitsstelle erhalten, muß er in kleinen Raten die ihm etwa gemachten Vorschüsse zurückstatten und wöchentlich eine seinem Lohn angemessene Summe — gewöhnlich 1—3 Kop. vom Rubel — an die Kasse zahlen. Von diesem Gelde fließt ein Drittheil zur Kranken- und Unterstützungs kasse, aus der er im Krankheitsfalle oder bei unverdienter Arbeitslosigkeit unterstützt wird, die anderen zwei Drittheile gehen an die Sparkasse, wo sie dem Einleger à Konto geschrieben werden und für ihn mit den zuwachsenden Zinsen ein Kapital bilden, das ihm bei seinem Ausscheiden aus dem Verein gezahlt wird. Außer der Zwangseinlage steht eine beliebige Einlage in die Sparkasse frei. Schlechte Führung zieht Ausstossung aus dem Verbande nach sich; die Gesellen und Arbeiter, welche länger als ein Jahr an einer Stelle sind, erhalten Prämien, wer dem Verein fünf Jahre angehört, kann bei etwaiger Gründung eines eigenen Geschäfts Vorschüsse aus dem Vereinsvermögen erhalten. Das Wissen dieses Vereins, dessen Statuten mir eben vorliegen, hat sich bereits sehr segensreich bewiesen. Der Verein zählt gegenwärtig 4486 Mitglieder aus den verschiedensten Gegenden unseres Vaterlandes.

Warschau, 9. Mai. Mit dem heutigen Morgenzuze langten auf dem Moskauer Bahnhofe Truppen und Geschüze an, welche in das Lager bei Powonski und in die Zitadelle befördert wurden. — Zu den hiesigen Manövers wird nicht der Kaiser, wie man erwartete, sondern nur der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch kommen und in Lazienki seinen Wohnsitz nehmen. — Montag, den 11., beginnen wieder die Arbeiten an dem neuen Außenwerk bei Marymont. Für die Lagerübungen und die damit verbundenen Festungsmannövers werden Interimschanzen jenseits des Flusses aufgeworfen werden, deren markirte Bezeichnung und Eroberung durch den von Modlin heranrückenden Feind den Glanzpunkt der Übungen bilden soll. — Wie ich eben höre, sollen mehrere katholische Geistliche, welche unbefugter Weise Sammlungen von Unterschriften und Geld für den Papst veranstaltet haben, zur Untersuchung gezogen worden sein; an einigen Stellen ist das gesammelte Geld zum Besten der Kirchenkasse konfisziert worden. — In den noch belassenen Klöstern hier und in der Provinz, wo die Mönche der aufgehobenen Klöster, soweit sie nicht mit Erlaubnis und Reisegeld von der Regierung versehen ins Ausland gegangen, ein Asyl gefunden, ist die Aufnahme von Novizen vorläufig sistiert worden und scheint es, daß auch diese Klöster auf den Aussterbeetat gesetzt werden sollen. — Nach dem letzten Erlass, betreffend die Bauernablösungs-Angelegenheit sollten, sämmtliche Arbeiten bis zum 1. Juli er. beendet und die Ablösungen vollzogen sein. Da indessen wegen mehr-

fach vorgekommner Reklamationen und der deshalb nötig gewordenen Recherchen die Arbeiten sehr verzögert werden, so ist der Termin zur Beendigung der Geschäfte bis zum 1. Januar 1870 prolongirt worden.

Türkei und Donausfürstenthümer.

Konstantinopel. Die Türkei giebt sich Mühe, auf dem Wege der inneren Reform voraus zu kommen. Dies beweist neuerlich die Einrichtung eines Obersten Gerichtshofes nach europäischem Muster. Dieser Gerichtshof besteht aus einem "Kassations-" und einem "Obersten Appellhof". Nach dem aus 73 Artikeln bestehenden Reglement hat der Kassationshof die Urtheile, gegen welche Rekurs angemeldet wird, so wie Beschwerden gegen die Gerichte zu prüfen, sich über die Richter-Reglements auszusprechen und über die einzelnen Richter ein Zenjur- und Disziplinarrecht auszuüben. Die Urtheile, die ihm vorliegen, kann er, wenn ein Gesetz verletzt wurde, oder die Regeln des Prozesses nicht beobachtet worden sind, kassiren. Der Oberste Appellhof hat Prozesse in Verhandlung zu nehmen, für die es kein besonderes Appell-Tribunal giebt. Wichtige Streitsachen kommen gar nicht vor die Gerichte erster Instanz, sondern werden sogleich dem Obersten Appellhof übergeben.

Asien.

Indien. Der "Times"-Correspondent in Kalkutta berichtet über Streitigkeiten zwischen preußischen Missionären unter den Koles in Chota Nagpore (zwischen Bengalen und Zentralasien). Er schreibt:

Vor dem indischen Aufstande hatte Pastor Gohner in Berlin eine Anzahl lutherischer Missionäre hinübergesandt, die zwar keine gelehrt Theologen, aber für ihren Beruf vorzüglich geeignet waren. Nach dem Aufstand lehrten dieselben zu ihrem Wirkungskreise zurück, sahen sich aber von der Berliner Gesellschaft verlassen und auf die Unterstützung von englischen Gesellschaften und Privatgönern angewiesen. Es gelang ihnen seitdem, einige 20.000 Befreiungen zu erzielen und die Mission galt als die erfolgreichste in Indien, bis neuerdings mehrere auf der Universität gebildete Theologen von Berlin nachgefunden wurden, die mit den ältern Anhänglingen in Hader gerieten und schworen, wie man bei Untersuchung an Ort und Stelle fand, ungegründete Anklagen gegen sie erhoben. Ein von Berlin gefandener Agent machte das Uebel noch schlimmer und ein förmliches Schisma ist eingerissen zum großen Ärgerniß der Neubekirten. Der Bischof von Kaltutta hat sich der älteren Sendlinge angenommen und die Society for the Propagation of the Gospel wird sie unter ihre Flügel nehmen.

China. Einem Telegramm der "Newyork Times" folge war unter der Bevölkerung von Chifu das Gerücht verbreitet, die Truppen hätten Befehl erhalten, alle Fremden während der chinesischen Neujahrsfestlichkeiten anzugreifen und zu ermorden. Die Fremden bereiten sich auf Widerstand vor. Der Haß gegen die Fremden scheint überhaupt in ganz China an Boden zu gewinnen.

Afrika.

Die Königin von Madagaskar ist zum Christenthum übergetreten. Englische Missionare haben diesen Nebenterritt veranlaßt. Nebst einigen ihrer Staatsbeamten wurde sie in einer der Kirchen der "London-Missionary-Society" feierlich getauft.

Norddeutscher Reichstag.

41. Sitzung.

Berlin, 13. Mai. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Graf Bismarck, Delbrück, v. Philipsborn u. a.

Ohne Diskussion wird der Postvertrag mit dem Kirchenstaate in dritter Besitz genehmigt.

Für die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Portofreihheiten liegen heute einige Amendements vor, zunächst eines zu § 1, der in der zweiten Beratung auf Grund des Beckerschen Antrages in folgender Fassung angenommen war: "Den regierenden Fürsten des Norddeutschen Bundes (statt: den Häuptern und Mitgliedern der Regentenhäuser sämmtlicher Staaten des Bundes) verbleibt die Befreiung von Postgebühren in dem bisherigen Umfange."

Ein Amendement des Abg. v. Luck führt den regierenden Fürsten einschließlich hinzu: „deren Gemahlinnen so wie den Wittwen verstorbener regierender Fürsten der Staaten des Norddeutschen Bundes.“ Nachträglich streicht der Antragsteller das Wort "verstorbener", und Abg. Dr. Becker verbessert schließlich die Fassung des § 1: "Den regierenden Fürsten, deren Gemahlinnen und deren Wittwen u. s. w."

Die anderen beiden Amendements werden bei der Spezialdiskussion mitgeteilt werden; das obige zu § 1 aber wird bereits in die Generaldebatte hineingezogen.

In dieser allgemeinen Diskussion wiederholt zunächst Abg. Wigard seinen Protest gegen die Portofreihheiten überhaupt, will aber seinen Antrag auf Streichung der bezüglichen Paragraphen, da er keine Aussicht auf Erfolg haben würde, nicht wiederholen. Sollte der § 1 gegen seinen Wunsch auch heute angenommen werden, so habe sein demokratisches Herz nichts dagegen, wenn der Zusatz v. Luck's als ein Ausfluss ritterlicher Galanterie seitens der Rechten mit angenommen würde.

Abg. Bebel ist gegen die Vorlage im Ganzen wie im Einzelnen. Die Mehreinnahmen, die sie beschaffen soll, werden ja doch nur für Militär- und Marineweise verwendet und werden erkauf durch eine neue Belastung der Einzelstaaten, welche die bisher portofreie Korrespondenz frankieren müssen. Die Vorlage hebt nicht, wie sie es sollte, alle Privilegien auf, sondern läßt einzelne bestehen: so für das Militär- und Marinapersonal, das ohnehin schon einen Staat im Staate bildet, das heute auch durch Ausschluß vom allgemeinen Wahlrecht aufs Neue in Gegensatz zur übrigen Bevölkerung gebracht werden soll und dessen exponierte Stellung nicht noch durch ein Postprivilegium gestärkt werden darf. Sodann das Privilegium der Fürsten: ist deren materielle Stellung derartig, sind ihre Wahlen und Sorgen so groß, daß sie der Portofreihheit bedürfen? Ich denke, die einzelnen Staaten gewähren ihnen eine mehr als ausreichende Civilisie; der König von Preußen, dem man erst vor einem Jahre — ich glaube, es war zur Zeit des ostpreußischen Nothstandes — eine bedeutende Erhöhung bewilligte, hat 4 Mill. Thaler jährlich. Der Mann hat täglich 10.000 Thlr. zu verzeihen, so viel als 54 Arbeiterfamilien im Laufe eines Jahres zu verbrauchen; im Ganzen gewährt der Norddeutsche Bund seinen Fürsten 7 Mill. Thaler jährlich, 180 mal so viel als das unendlich größere und gewiß nicht schlechter regierte Nordamerika seinem Präsidenten. Die Arbeitslast, welche dafür auf ihren Schultern ruht, ist auch nicht so bedeutend, daß man dadurch die Aufrechthaltung der Privilegien rechtfertigen könnte. (Murren rechts). Die Beschäftigung, mit der jene Herren ihre Zeit tot schlagen (Große Unruhe rechts).

Präf. Simson: Der Redner wird bereits selbst bemerkt haben, daß er durch seine Worte den Widerwillen des Hauses erregt. Abg. Bebel: Es wird mir gestattet sein, auch meinseits meinem Widerwillen gegen die in Rede stehenden Privilegien Ausdruck zu geben. Präf. Simson: Ich glaube, Sie können dies auch ohne die Art von Deduktionen und Ausdrucksweise, deren Sie sich schon eine ganze Weile bedienen. (Bravo) Abg. Bebel: M. h! durch Ihr Bravo ändern Sie die angeführten Thatsachen eben so wenig, wie meine Ansichten. Wenn Sie Privilegien abschaffen wollen, dann schaffen Sie alle ab, auch die des Militärs und der Fürsten.

Die Generaldiskussion ist hiermit geschlossen.
In der Spezialdebatte über § 1 und die dazu gestellten Amendements nimmt das Wort Abg. Dr. Leistner: Bei dem Amendement des Abg. Luck handelt es sich ausschließlich um einen Geldvortheil, den man den hohen

Damen zuwenden will, und gegen den ich, da dieselben der Post gegenüber als bloße Privatpersonen dastehen, im Interesse aller Steuerzahler mich erklären muß. Ich glaube überdies kaum, daß Sie im Sinne jener hohen Damen selbst gehandelt haben, wenn Sie für dieselben gleichsam mit dem Teller herumgehen; Sie werden ihren Charakter besser würdigen, wenn Sie den Antrag ablehnen.

Abg. v. Luck: Der Grund des Antrages ist nicht, wie der Vorredner vorausgesetzt, für die hohen Damen ein besonderes Ehrenrecht zu schaffen oder aufrecht zu erhalten, sondern er liegt darin, daß die regierenden Fürstinnen mit ihren Gemahlinnen insofern auf gleicher Linie stehen, als auch sie durch ihre öffentliche Stellung gezwungen sind, einen größeren Aufwand für Porto zu machen. Gewähren Sie aber das Recht der Portofreiheit den regierenden Fürstinnen, so können Sie es ihnen doch unmöglich entziehen, wenn Sie durch den Tod ihres Gemahls diese Stellung verloren haben.

Abg. Dr. Becker: Wenn Sie das Amendement v. Luck überhaupt annehmen wollen, so nehmen Sie wenigstens auch Rücksicht auf den Styl. Es klingt doch eigentlich, wenn Sie von "verstorbene regierenden" Fürstinnen sprechen. Redner empfiehlt seine Korrektur (s. o.).

Abg. v. Luck: Ursprünglich lautete so auch meine Fassung; ich hatte sie aber geändert, um auch die Königinen-Witwen von Preußen und Sachsen an dem Privilegium Theil nehmen zu lassen.

Abg. Mende: Gegen die Portofreiheit für das Militär würde ich nichts einzuwenden haben, da dasselbe sehr geringe Diäten bezieht, ebenso für den Reichstag, der gar keine Diäten bekommt; dem letzteren aber nehmen Sie das Privilegium und erhalten es für die Fürstinnen aufrecht, die sehr viel Diäten beziehen. Ich bitte Sie deshalb, gegen das Amendement zu stimmen und wenn ich selbst Sie durch meine Worte nicht überzeugt habe, dann lesen Sie die Rede des Abg. Becket oder lassen Sie sie sich noch einmal halten. Ich habe gesprochen. (Große Heiterkeit.)

§ 1 wird hierauf mit dem vom Abg. Dr. Becker formulirten Zusatz angenommen. Dergleichen ohne Debatte die §§ 2—5.

Abg. Lasker präzisiert sein bereits genehmigtes Amendement zu § 6: Entschädigung für Aufhebung oder Einschränkung der Portofreiheit wird aus der Bundes-Postkasse insofern geleistet, als dies mit Rücksicht auf die den Portobefreiungen etwa zu Grunde liegenden Privat-Rechtstitel (die Vorlage hatte gefragt: "speziellen Rechtstitel") nach den Landesgesetzen notwendig ist — dahin, daß die Entschädigung mit Rücksicht auf die täglichen Privat-Rechtstitel geleistet werden soll. Er motiviert diese Modifikation durch die Notwendigkeit, jeden Zweifel darüber zu beseitigen, für welche Aufhebungen der Portofreiheit Entschädigungen zu zahlen sind. — § 6 wird in dieser Fassung angenommen. Ebenso die §§ 7 bis 12.

§ 13 lautet nach dem Beschlüssen der zweiten Beratung: "Die Postüberträfse des Art. 52 der Bundesverfassung leiden auf denjenigen Theil der Postüberträfse keine Anwendung, welcher durch die in gegenwärtigem Gesetz angeordnete Aufhebung von Portofreiheiten gewonnen wird."

Abg. R. v. Philipsborn: Der Art. 52 bestimmt, daß während der nächsten 8 Jahre die Postüberträfse nicht in einer Summe an die Bundespost abgeführt werden dürfen, sondern zum Zweck einer Ausgleichung der bisherigen Verschiedenheiten der von den Landespostverwaltungen erzielten Rein-Einnahmen nach Maßgabe des durchschnittlichen Jahresüberschusses während der Zeit von 1861 bis 1865 auf die Matrikularbeiträge den einzelnen Staaten zu Gute gerechnet werden. Zu diesen Überträfßen gehören natürlich nicht diejenigen, welche durch das vorliegende Gesetz erzielt werden; es folgt dies: schon daraus, daß die Verhältnisse der Jahre 1861 bis 65 darauf gar keine Anwendung finden können. Aus diesem Grunde hat der Bundesrat ein besonderes Uebereinkommen getroffen, in welcher Weise diese Überträfse auf die Einzelstaaten zu verrechnen sind. Wird dies aber im Gesetz nicht ausdrücklich anerkannt, sondern nur ausgesprochen, daß Art. 52 hier keine Anwendung finden darf, so würde nach Art. 49 der Verfassung verfahren und die Beträge in einer Summe an die Bundespost abgeführt werden müssen. Es wird deshalb ein Zusatz zu § 13 erforderlich sein, welches etwa zu lauten hätte: "die näheren Bestimmungen über die Berechnung und Verwendung dieses bis Ende Dezember 1875 auszunehmenden Theils bleiben der Verständigung im Bundesrat vorbehalten."

Abg. Luck nimmt den Antrag als den seiningen auf, fügt jedoch am Schlus vor dem Worte "vorbehalten" ein: "unter Zustimmung des Reichstages."

Abg. Grumbrecht hält den letzteren Zusatz zur Wahrung des konstitutionellen Rechts des Reichstages für durchaus notwendig.

Präf. Delbrück: Es kommt nur darauf an, über die Verwendung und Verrechnung der Überträfse hier im Gesetz nicht bereits in einem Sinne zu verfügen, der den Uebereinkommen des Bundesrats direkt entgegensteht. Dagegen, daß der Reichstag sich seine Mitwirkung bei der Entscheidung, die wahrscheinlich erst in der nächsten Session erfolgen wird, vorbehält, ist nichts einzubringen.

Abg. Fries ist gegen jeden Zusatz, und will bezüglich der Verwendung und Verrechnung der Überträfse hier im Gesetz nicht bereits in einem Sinne zu verfügen, der den Uebereinkommen der verschiedenen Staaten und deshalb war ein Ubergangsstadium billig; die Mehreinnahme durch die Aufhebung der Portofreiheiten aber wird alle Staaten ähnlich gleichmäßig treffen, deshalb ist eine besondere Verrechnung nicht notwendig.

Abg. Mende hält es für unzulässig, in einem Gesetz zu sagen, auf die und die Verhältnisse findet die Verfassung keine Anwendung. Derartige Ausnahmen müßten in der Verfassung selbst vorgesehen sein, sonst könnte man in jedem Gesetz eine Verfassungsänderung beschließen.

Abg. Fries hält dies Bedenken bei einer unbedeutenden Ueberragung für unwesentlich — Abg. v. Höoverbeck glaubt dagegen, daß der außerordentlich bequeme Modus der Verfassungsänderungen hier zur Anwendung kommen und das Gesetz mit einer 2/3-Majorität im Bundesrat angenommen werden müsse. — Abg. v. Camphausen (Kreuznach) bestreitet, daß es sich um eine Verfassungsänderung handle; man habe es mit einer Mehreinnahme zu thun, die in der Verfassung gar nicht vorgesehen sei.

Abg. v. Unruh tritt dem Vorredner bei. Art. 52 sei eine transitorische Bestimmung, die sich auf die gewöhnlichen Postüberträfse beziehe. Eine Ausdehnung auf die durch das vorliegende Gesetz geschaffenen Mehreinnahmen sei schon deshalb unmöglich, weil der jährliche Durchschnitt der Jahre 1861—1865 für die Verrechnung maßgebend sein sollte. — Abg. Dr. Preß schlägt vor, statt der Worte "leiden keine Anwendung" zu sagen: "sind nicht auszudecken".

§ 13 wird mit diesem Amendement und dem vom Abg. Luck formulirten Zusatz angenommen. Ebenso wird ohne Debatte § 14 und schließlich das Gesetz im Ganzen genehmigt.

Abg. Fockel beantragt noch folgende Resolution: "den Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstag in seiner nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches die Befreiungen von Telegraphengebühren nach den Grundlagen des Gesetzes, betreffend die Portofreiheiten, regelt." Er motiviert dieselbe durch die Notwendigkeit, nach Ablehnung des Antrages Becker die Frage der Telegraphengebührenfreiheit in anderer Weise zu regeln. Über die Zweckmäßigkeit werde Niemand zweifelhaft sein; die vorgeführten Thatsachen haben neben ihrer komischen Seite doch auch eine recht ernste, welche zu bitteren Beträchtungen Veranlassung geben, wie sie bereits heute zum Thema eines Redners gemacht worden.

Abg. Mende: Hätten Sie nicht die Portofreiheit der Fürsten und Fürstinnen beschlossen, so würde ich auch für die Resolution gestimmt haben, jetzt stimme ich nicht mehr dafür. Ich habe gesprochen. (Große Heiterkeit.)

gen Theil nehmen. Das paßt auf ein geworbenes Herr, aber nicht auf das des Norddeutschen Bundes, in welchem jeder wehrpflichtige Mann steht. Ich will Ihnen nicht die spanischen Generale vorführen, die für die konstitutionelle Entwicklung ihres Landes von großer Bedeutung waren, ich erinnere Sie aber an den General Gneisenau. Lesen Sie seine Briefe in dem Werke von Herz und dann beantworten Sie mir die Frage, ob dieser Mann nicht nach den Gründen, die Sie jetzt sanktionieren wollen, aus der Armee hätte ausgeschlossen werden müssen, er, der Vater jener glorreichen Institutionen, die uns aus jener Zeit überlebt worden sind. Denken Sie an jene Zeit, in der Blücher sagen konnte, man wisse nicht, wo bei uns der Soldat aufhört, wo der Bürger anfängt. Und dann hören Sie jetzt hier diese Behauptungen, daß es nicht zweckmäßig sei, daß der Soldat sein erstes Recht als Bürger ausübe. Auf solchen Prinzipien beruht nicht jene Wehrpflicht und jenes Recht, Waffen zu tragen, durch welches das preußische Volk dazu getaucht worden ist, die Hegemonie in Deutschland zu führen, ohne welches es überhaupt nicht existieren würde. Soll aber aus unserer Entwicklung etwas werden, so muß das preußische Heer wirklich das Volk in Waffen sein und es muß zurückgehen zu der Wiege, aus welcher es hervorgegangen ist. Was von den alten Rechten beschränkt und genommen werden konnte, ist genommen worden durch die Aenderung, die das Gesetz von 1814 hier gefunden hat. Das ist ein fait accompli, das ich damals lebhaft bekämpft habe. Noch weiter zu gehen aber dazu darf nach meiner Ansicht dieses Haus seine Zustimmung nicht geben. (Bravo links.)

Abg. Mende: § 2 will das Heer vom Wahlrecht ausschließen. Die Frage, ob das klug ist, ist danach zu ermessen, ob es gut ist. Gut aber wäre das nicht, wie es Ihnen soeben der greise Vetter der Demokratie auseinander gesetzt hat. Es ist aber ein Gesetz des ewigen Weltensystems, daß nicht klug ist, was nicht gut ist. Wenn das Volk sich in seinem heiligen Recht gefaßt sieht, dann greift es zum Himmel empor und holt sich seine ewigen Rechte. (Heiterkeit.) Das im Heere Agitationen entstehen, ist eher zu fürchten, wenn Sie sein Wahlrecht aufheben, als wenn Sie es befreien lassen. Ich habe gesprochen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Ich muß bei der entscheidenden Wichtigkeit des vorliegenden Paragraphen meinen Antrag nochmals dringend empfehlen. Wir wollen nicht noch eine Scheidung machen zwischen dem Bürger im Bassenrode und dem Bürger im Bivalans in einem Lande, in dem der größte Staatsmann, der im Wege des Bivalans seine Stellung erworben hat, sich eine Ehre daraus macht, im Soldatenrock zu erscheinen. Es ist nicht der geringste Anlaß dazu vorhanden, ein bis jetzt ohne Sichtung ausgeübtes Recht einer so großen Zahl von Bürgern zu entziehen, und weil die Trennung nur willkürlich ist und vielleicht in der Vorliebe einzelner Personen ihren Grund hat, wollen wir dagegen stimmen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schulenburg: Je freier die Entwicklung eines Landes ist, desto freter muß das Heer von allen politischen Parteien bleiben. Der Abg. Waldeck hat mit einem nicht ungewöhnlichen Künftigkriß eine populäre Persönlichkeit aus der Geschichte herausgegriffen, um seine Deduktion zu stützen. Uebersehen hat er aber, daß Gneisenau seine Meinungen nur in Briefen vertraulich ausgesprochen hat und nicht am öffentlichen Wahlrecht. Um vertrauliche Briefe hat sich aber Niemand zu kümmern; denn so lange der Betreffende lebt, ist das sein Geheimnis. Die Entziehung des Wahlrechts mag einzelnen Personen des Militärstandes drückend erscheinen, aber der Soldat muß überhaupt Manchem entgegnen.

Abg. v. Steinmeij: Ich erblicke in der Absicht der Herren, die den Soldaten das Wahlrecht nicht entziehen wollen, eine Militärfreundlichkeit; allein wenn das Militär selbst nicht wählen will, so hat das doch auch seine Berechtigung. Wir wünschen nicht zu wählen, weil wir nicht die Debatte in die Armee einführen wollen. Es ist nicht gut, ein deliberirendes Heer zu haben, und auch Sie werden wohl keine Billigung haben für Parlamentsheere oder ein Heer der Reaktion oder ein Prätorianerheer, oder eine Glaubensarmee. Man hat sich darauf berufen, daß man dem Heere das Wahlrecht nicht entziehen dürfe, weil es das Volk in Waffen sei. Wenn Sie sich aber hier umsehen, so reduziert sich die Repräsentation des in Waffen geborenen Volkes auf einen sehr geringen Bruchteil. Sie können ruhig abwarten, bis die Armeen das, was Ihnen nötig ist, durch ihre Vertreter beantragen wird; dann wird die Armee immer das sein, was sie will, das Symbol der Treue, des Gehorsams und der Ordnung, die starke Waffe, welche sich um ihre Fahne schaft, um die Sicherheit im Lande und nach Außen zu schützen. Kommen dann von der Armee Anträge, dann geben Sie mit vollen Händen, denn Sie geben es dem Vaterlande. In diesem Falle aber ist Ihnen die Armee für Ihre Freundschaft sehr dankbar, aber sie dankt für die Ausübung dieses Rechts.

Abg. Dr. Waldeck: Dem ersten Herrn Vorredner will ich nur erwiesen, daß ich einfach eine Illustration dazu gegeben habe, daß eine Militärperson von den herrschenden Ansichten des Ministeriums abweicht. Gneisenau hat seine Ansichten nicht gehalten, sondern sie offen dem Könige selbst dargelegt. Ich wünschte, wir ständen jetzt noch auf diesem Standpunkte, wie in den Jahren der Not; aber wir machen hier wieder die traurige Erfahrung, daß im Glück das Freiheitsleben keine Fortschritte macht. — Was nun der letzte Herr Vorredner, der in jeder Beziehung als wahrer Repräsentant der Armee anzusehen ist, gesagt hat, hat eine gewisse Berechtigung. Wenn man Gelegenheit gehabt hat, sich so große Verdienste um das Militär zu erwerben, wie der geehrte Herr Vorredner, so fühlt man sich in diesem Stande wohl und sehnt sich nicht danach, aus denselben irgendwie herauszutreten. Und trotzdem nimmt ja der General hier eine politische Stellung ein. Aber die Armeen braucht ja nicht blos durch Generale vertreten zu sein, sie ist tatsächlich durch alle jene Landwehrmänner vertreten, welche z. B. 1866 und 1867 gewählt haben. Ich sehe nun aber nicht ein, wie man sich ein Urtheil über die Ansichten der Armeen in dieser Verfassungsfrage verschaffen will, man müßte denn die ganze Armee abstimmen lassen. Deswegen können wir aber nicht abwarten, bis uns aus der Armee selbst Anträge zugehen. Bleiben wir vielmehr in Konsequenz der gesamten Wehrverfassung fest dabei, das zu wahren, was wir haben; es wird die Regeneration dessen in sich fragen, was uns jetzt noch fehlt. Je geringer die bestehenden Rechte sind desto mehr ist es unsere Aufgabe, das, was das Volk hat, intakt zu erhalten. (Bravo.)

Abg. v. Schulenburg: Ich habe nur sagen wollen, daß Männer von der Richtung des Abg. Waldeck öfter in die Geschichte greifen und irgend eine Persönlichkeit zu der iibrigen machen, die, wenn sie lebte, schwerlich die hätte sein würde. Die Personen des Militärstandes mögen sich mit Politik beschäftigen, aber wir wollen keine politischen Generale haben. Und deshalb wollen wir dem Militäretat auch nicht das Wahlrecht geben.

Abg. Graf Kleist: Die konsequente Durchführung der Waldeckschen Auffassung muß dahin führen, daß das Militär noch andere Rechte in Anspruch nimmt, als das Wahlrecht. Soll der Freiheit Versammlungen einberufen? In Spanien ist, wie mir ein Augenzeuge erzählt, ein Offizier, der einen Umzug mitmachte, durch seine eigenen Kameraden besiegt worden. Bei uns würden durch Ausübung des Wahlrechts seitens der Armeen große Unkonveniens unvermeidlich werden durch die Kollision der reglementarischen Wahlbestimmungen mit den Einrichtungen und dem besonderen Charakter der Armeen.

Bei der Abstimmung wird die v. Bernuthsche Aenderung in § 2 genehmigt, deßgl. die Beibehaltung der Worte „bei der Fahne“, womit der Laskerische Antrag auf Streichung abgelehnt sein würde. Der § 2 wird darauf im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 75 Stimmen angenommen.

Der § 4 bestimmt für die Wahlbarkeit zum Abgeordneten, daß er das 25 Lebensjahr zurückgelegt und einem zum Bunde gehörigen Staate seit mindestens 3 Jahren angehört hat. Auf Antrag des Dr. Harnier wird statt 3 Jahren 1 Jahr gesetzt, nachdem die großen Nebestände nachgewiesen sind, die aus der Forderung von 3 Jahren namentlich für Süddeutsche, die in das Gebiet des Bundes übersiedeln, entstehen würden. Es könnte z. B. geschehen, daß ein süddeutsches Mitglied des Zollparlaments, das nach Frankfurt übersiedelt, drei Jahre warten müßte, um aufs Neue ins Zollparlament gewählt werden zu können. — Die Majorität für den Antrag Harniers war eine sehr bedeutende.

Eine sehr eingehende Debatte wird durch § 6 hervorgerufen, den Lasker und Friedenthal sehr erheblich amendieren. Nach den Beschlüssen der zweiten Berathung lautet derselbe: Jeder Abgeordnete wird in einem besondern Wahlkreise gewählt. Ein Bundesgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen. Die Wahlkreise innerhalb jedes Staates sollen sich möglichst an die politische Eintheilung in Kreise beziehentlich analoge Kommunalbezirke anschließen, und soweit es hierauf thunlich erscheint, eine annähernd gleiche Einwohnerzahl umfassen. Jeder Wahlkreis wird zum Zwecke der Stimmabgabe in kleinere Bezirke getheilt, welche möglichst mit den Ortsgemeinden zusammenfallen sollen, sofern nicht bei volkreichem Ortsgemeinden eine Un-

terabtheilung erforderlich wird. Die Wahlkreise, sowie die Wahlbezirke müssen räumlich abgegrenzt sein.

Abg. Lasker beantragt das Alinea 1 mit Ausnahme des ersten Satzes desselben zu streichen, Alinea 3 so zu fassen: Mit Auschluß der Sklaven müssen die Wahlkreise, sowie die Wahlbezirke räumlich abgegrenzt und möglichst abgerundet sein. Endlich folgendes Alinea 4 hinzuzufügen. Ein Bundesgesetz wird die Abgrenzung der Wahlkreise bestimmen. Bis dahin sind die gegenwärtigen Wahlkreise beizubehalten, mit Ausnahme derjenigen, welche zur Zeit nicht örtlich abgegrenzt und zu einem räumlich zusammenhängenden Bezirk abgerundet sind. Diese müssen zum Zwecke der nächsten allgemeinen Wahlen gemäß der Vorschrift des dritten Absatzes gebildet werden.

Der § 6 wird in der vom Abg. Lasker beantragten Fassung genehmigt, das Resultat der zweiten Berathung und der Antrag Friedenthal abgelehnt.

Das letzte Alin. des § 8 lautet: Bei erneuter Wahl bedarf es einer neuen Aufstellung und Auslegung der Wahlliste nicht, wenn die Neuwahl innerhalb 3 Monaten nach der Wahl, für welche die Wahlliste aufgelegt wurde, erfolgt.

Auf den Antrag der Abg. Evert und Bähr wird der Termin für eine solche Neuwahl auf ein Jahr ausgedehnt und Bundeskommissar von Puttkammer tritt ihm bei, wobei er zugleich im Namen der Bundesregierung aufs Neue bedauert, daß der Reichstag die Aufstellung permanenter Wählerlisten abgelehnt hat.

Wir übergehen eine Reihe redaktioneller Aenderungen, die Abg. Hartner anregt und erwähnen aus der in zahllose Details sich auflösenden Debatte nur, daß Bundeskommissar von Puttkammer auf eine Frage des Abg. Försterling den Wahlsatz in dem Sinne für öffentlich erklärt, daß jedermann in der Gemeinde, nicht bloß der Wähler Zeuge desselben sein kann. Sodann kann Abg. Sombart, der seinen Antrag auf Einführung von Rüverts für Wahlzettel nicht erneuern will, diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Herrn Windthorst zu versichern, daß man in England und Frankreich an einflussreicher Stelle an die Einführung solcher Rüverts denkt, daß also diese Idee nicht dem Punkt verfallen, sondern der Körperschaften und Notabilitäten aufgenommen ist, von denen wohl auch der Abg. Windthorst Respekt haben wird. (Heiterkeit.)

Auf den Antrag Lasker wird hinter § 12 folgender neue Paragraph eingefügt: Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlzettel entscheidet mit Vorbehalt der Prüfung des Reichstages allein der Vorstand des Wahlbezirks nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder. Die ungültigen Stimmzettel sind zum Zwecke der Prüfung durch den Reichstag dem Wahlprotokolle beizufügen. Die gültig befindenen bewahrt der Vorsteher der Wahlhandlung in dem Wahlbezirk so lange versiegelt, bis der Reichstag die Wahl definitiv ilgit erklärt hat.

zu § 16 (Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahl-Angelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten) — beantragt Abg. Friedenthal vor „öffentliche Versammlungen“ einzuschalten: unbewaffnet, und am Schlusse hinzufügen: Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, so wie über die Überwachung derselben bleiben unberührt. — Mit diesen Aenderungen wird § 16 unter Zustimmung des Bundeskommissars, darauf das ganze Gesetz in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens.

In der Spezialdebatte zu § 1 nimmt das Wort der Abg. Reichensperger: Der § 1 bestimmt, daß der Lohn mit Beschlag belegt werden kann, „nachdem der Tag abgelaufen ist, an welchem die Vergütung geleglich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war“. Wenn nun der Arbeitgeber den Lohn an diesem Tage nicht auszahlt, so macht er das Recht, welches dieses Gesetz dem Arbeiter gibt, vollkommen illusorisch. Gegen eine solche Beeinträchtigung müssen wir den Arbeiter schützen und ich beantrage deshalb, die betreffenden Worte so zu fassen: „nachdem der Tag, an welchem die Vergütung geleglich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichtet war, abgelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte dieselbe eingefordert.“

Abg. Lasker: Das Bedenken ist auch in der Kommission erwogen worden, da wir aber glaubten, daß der Arbeitgeber jedenfalls für den aus der Surückhaltung des Lohnes erwachsenen Schaden verantwortlich bleibt und ein praktisches Bedürfnis sich kaum herausstellen dürfte, so haben wir von einer Fassung, wie sie Abg. Reichensperger vorschlägt, Abstand genommen.

Abg. Dr. Bähr glaubt, daß der Arbeitgeber nicht ohne Weiteres für den entstandenen Schaden haftet, wenn es nicht ausdrücklich im Gesetz ausgesprochen werde; er empfiehlt deshalb die Annahme des Amendements.

Abg. Lasker: In der Praxis wird die Frage sehr selten zur Sprache kommen, ob die Gewerbeordnung dem Arbeiter das Recht gibt, die Arbeit sofort einzustellen, wenn der Arbeitgeber ihm den Lohn nicht an dem festgesetzten Tage auszahlt.

Abg. Dr. Hirsch: Ich habe erst gestern einen Brief bekommen, worin mir ein Arbeiter schreibt, daß sein Arbeitgeber den bedungenen Lohn sofort an seine Gläubiger auszahle. Wenn der Arbeitgeber dies auch künftig ihm will, so ist der Arbeiter nicht in der Lage, sich durch das Gesetz dagegen zu schägen.

Der Antrag des Abg. Reichensperger und mit ihm der § 1 wird mit großer Majorität angenommen.

§ 4 führt die Ausnahmen auf, auf die das Gesetz keine Anwendung findet, darunter sub 3): auf die Beitreibung der auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Alimentations-Ansprüche der Familienglieder. Abg. v. Behmen will die Worte: „Der Familienglieder“ streichen, wodurch eine kurze Debatte über die Pflicht der Alimentierung unehelicher Kinder veranlaßt und durch die Berufung auf praktische und theoretische Erfahrungen auf diesem Gebiet, selbstverständlich Erfahrungen des praktischen Juristen, durch die Abg. Bries und Wagener einige Heiterkeit hervorgerufen wird. Der Antrag v. Behmen wird abgelehnt und das Gesetz im Ganzen mit großer Majorität angenommen.

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. das oberste Handelsgericht veranlaßt den Abg. Waldeck zu einer erneuerten und mit äußerster Nachdruck wiederholten Polemik gegen die Vorlage im Ganzen, speziell gegen den Antrag v. Bernuth, der durch die Erweiterung des Geschäftskreises des Gerichtshofes angewiesen wird, das Gebiet seiner südlichen Wirkung ohne Grund nur vergrößere. Sie ist ohnehin ein Unikum ihrer Art, ein Widerspruch gegen die großen auf Rechtseinheit gerichteten Anstrengungen aller großen Fürsten und gleichermaßen eines Medicinalkollegiums, das nicht für alle Krankheiten, sondern nur für eine, etwa das Fieber, etabliert werde. Je mehr

Geschäfte, desto größer die Geldverzehrung.

Der Antrag v. Bernuth (§ 13 Handelsgerichten im Sinne dieses Gesetzes) sind diejenigen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch 1) gegen einen Kaufmann oder gegen einen Nichtkaufmann aus einem Handelsgeschäft, wenn das Geschäft auf Seiten dieses Nichtkaufmannes ein Handelsgeschäft ist, 2) aus einem Wechsel u. s. w. wird abgelehnt.

Zu § 10 (Zur Praxis bei dem Ober-Handelsgerichte und zur Niederlassung am Sitz deselben sind alle in einem Bundesstaat seit zugelassenen Rechtsanwälte und Advokaten berechtigt) sagt Abg. Dr. Bähr hinzu: Zur Praxis, einschließlich der zur Instruktion der Rechtsmittel dienenden Handlungen. Dieser Zusatz wird mit 76 gegen 74 Stimmen angenommen.

Zu § 25, der vom Disziplinarverfahren gegen die Mitglieder des Gerichtshofes handelt, beantragt Abg. Harnier, den letzten Absatz zu fassen: Das Verfahren bestimmt sich nach den in der Anlage veröffentlichten Vorschriften der §§ 56 bis 63 des f. preuß. Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter und der unfreiwilligen Verfehlung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand, vom 7. Mai 1851. Die Verrichtungen des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters werden von je einem Mitglied des Bundes-Oberlandesgerichtes, welches der Präsident ernannt, wahrgenommen. Dieser Antrag wird genehmigt. Im Übrigen wird die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Berathung unverändert angenommen.

Der Präsident zeigt an, daß ihm die Vorlagen, betreffend die Vorschriften und die Braumalzsteuer gestern Abend zugegangen sind und vertagt die Sitzung vor dem Fest, da morgen ein genügender Stoff zur Tagesordnung nicht vorhanden sein würde.

Abg. Lasker erklärt nach der Tagesordnung mit Bezugnahme auf eine bei der Verhandlung über Mendes Verhaftung gefallenen Neuherierung, daß der national-liberale Landrat Schubart, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, bei der Auflösung der Versammlung und der Verhaftung weder gegen gewesen sei noch Kenntnis davon erhalten habe.

Abg. Gr. Schulenburg, der die zitierte Neuherierung seiner Zeit gethan

hat, erwidert darauf, daß der Landrat nach den Sitzungen den Tumul zu befähigen gesucht habe und dabei mit Steinen geworfen sei. Ein an dieses Verhalten würde er auch für eine Pflichtverlegung gehalten.

Schluß 43 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 20. Mai. — Wir merken schließlich, daß der Kronprinz während einiger Stunden der heutigen Sitzung beimtonte.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. Mai. Se. Excellenz der Generalleutnant v. Alvens leben, Kommandant von Posen, ist nach 50jähriger Dienstzeit auf sein Ansuchen von Sr. Maj. unter Verleihung des rothen Adlerordens I. Klasse zur Disposition gestellt. Ueber seinem Nachfolger ist noch keine Bestimmung ergangen; die Geschäftsführung erfolgt interimistisch durch den Herrn General-Major Wittich.

Graf Johann Dzialsinski ist, wie der „Dz. Pozn.“ erfährt, polnischerseits als Reichstagsskandidat für den Wahlbezirk Stadt und Kreis Posen aufgestellt worden.

Das Artillerie-Zeughaus in der Gerberstraße, dessen Bau im Jahre 1865 begonnen, und durch die kriegerischen Ereignisse 1866 unterbrochen wurde, wird in dem laufenden Jahre vollendet werden, nachdem dasselbe im Herbst des vergangenen Jahres unter Dach und Fach gebracht worden war. Der innere Ausbau des imposanten Gebäudes, dessen Gesamtkosten sich im Ganzen auf 195,000 Thlr. belaufen, wovon allein für die mächtigen inneren Eisenkonstruktionen etwa 46,000 Thlr. verausgabt worden sind, ist seit dem März d. J. in Angriff genommen und bereits so weit ausgeführt worden, daß die beiden Ecktürme, der Nordturm an der Leichgasse und der Südthurm an der Gr. Gerberstraße, bis unter das Dach durch das Erdgeschöß und sämtliche übrigen drei Geschosse hindurch überwölbt worden sind. Zu sämtlichen Wölbungen sind Hohlsteine aus der Ringofenziegelie des Herrn Professor Dr. Szafarkiewicz verwendet worden. Dieselben zeichnen sich durch Gleimähnlichkeit der Größe und der Farbe, durch saubere Arbeit sowie durch das vorzügliche dazu verwandte Material aus. Das Erdgeschöß in dem ganzen Gebäude wird mit böhmischen Kappen überwölbt; diese Art der Wölbung erfordert ganz besondere Geschicklichkeit des Maurer, da zum größten Theil aus freier Hand gewölbt werden muß und demnach dem Augenmaße derselben sehr viel überlassen bleibt. Die bereits ausgeführten Kappen zeichnen sich durch tadellos klare Form und Sauberkeit der Arbeit aus. Auf den aus den härtesten Klinkern, welche in Gleiwitz mittels einer hydraulischen Presse auf ihre Tragfähigkeit einer außerordentlichen Probe ausgeführt wurden, und Zement aufgeföhrt Pfeilern im Erdgeschöß ruht nun die ganze mächtige Eisenkonstruktion in den zwei resp. drei oberen Stockwerken, und zwar in der Weise, daß auf die Konsole der zuvor genannten hohlen Säulen, welche auf den Pfeilern lasten, zunächst doppelte Unterzugsträger gelegt sind, auf welchen wiederum in der Längsnase des Gebäudes eiserne Balken von 8 Zoll Höhe liegen, Balken und Unterzugsträger in Form von Doppelt-T-Eisen und aus dem befestigten Walzen in der Königshütte (Oberpfalz) angefertigt, welche überhaupt sämtliche Eisenkonstruktionen für den Bau geliefert hat. Auf die eisernen Balken werden Lagerböller gelegt werden, welche die einzelnen Stockwerke tragen werden. Durch sämtliche Stockwerke werden die Zwischenräume zwischen den eisernen Balken mit Kappen aus Hohlsteinen überwölbt, so daß das Gebäude, abgesehen von dem hölzernen Dachstuhl, einen hohen Grad von Feuerfestigkeit besitzt. Sämtliche Treppen sind gleichfalls feuerfest angelegt worden. — Eine eigenthümliche auffällige Erweiterung nimmt man an den eisernen hohlen Säulen des ersten Stockwerks in den Thüren wahr. Diese Säulen haben, als sie noch unbelastet waren, beim Anschlagen einen ziemlich tiefen Ton angegeben; gegenwärtig, da sie die gewaltige Last der oberen Eisenkonstruktionen und der Gewölbe zu tragen haben, ist der Ton, den sie beim Anschlagen geben, bedeutend höher geworden, und wird voraussichtlich noch höher werden, sobald erst die Geschütze in dem Gebäude aufgestellt und dadurch die Last, die auf den Säulen ruht, vermehrt sein wird. Eine Metallsäule gibt bekanntlich einen um so höheren Ton, je mehr sie gespannt wird, ein Metallstab oder Rohr dagegen, je mehr derselbe in der Längsrichtung kom

(Gingesandt.)

Es ist erfreulich zu sehen, wenn die Errungenschaften, welche Kunst und Wissenschaft gemacht haben, auch in der Nähe Anwendung finden und bethmische Produkte geliefert werden, welche mit auswärtigen Erzeugnissen gleichen Schritt halten. So stellt hier in Posen die Pianoforte-Fabrik des Herrn Ede Instrumente so vorzüglicher Qualität her, daß dieselben mit den Erzeugnissen der berühmtesten Fabriken in Konkurrenz treten können. Die Anwendung der Steinweyerschen Methode mit getreuen Saiten und der vollkommenen englischen Mechanik tritt in so vollkommenster Weise hervor, daß die Instrumente die Anerkennung aller Kenner und Sachverständigen verdienen. Herr Ede verdient es, daß die Erfolge, welche er in seinem Fach gezielt, rechte Beachtung fänden.

muß daher auch die Interessen der Stadt fördern. — Die Besitzer der gefährdeten Ufergrundstücke sind außer Stande, irgend nennenswerte Geldoyer zu bringen; gleichwohl kann Jeder nach Kräften je nach seinen Verhältnissen wohl ein Scherlein beisteuern; vor Allem dürfte es aber Sache der Stadt sein, die Sache in die Hand zu nehmen, den Grund und Boden zum Durchstich zu öffnen und damit den ersten Schritt zu machen, um das gegenwärtige Werk ins Leben zu rufen. Alles immer von der Staatsregierung erwartet zu wollen, selbst da, wo Privat- und Kommunalinteressen mitgesördert werden, dürfte nicht gerechtfertigt erscheinen, auch kann man daraus vielleicht einen Mangel an Interesse für die Wohlfahrt unserer Stadt seitens des Magistrats ableiten. Schon vor drei Jahren hatten wir leider Gelegenheit gehabt, dies wahrzunehmen, als kurz oberhalb der Stadtbürg die Einbuhungen des Wartberges im Interesse dieser Brücke erfolgten und der Schiffsländeplatz unterhalb der Brücke ausgeführt werden sollten.

(Gingesandt.)

Birnbaum. [Warte-Regulirung.] Seit mehreren Jahren ist im Birnbaumer Kreis für die Regulirung der Warte so viel geschehen, wie es vordem nicht der Fall war. Gleichwohl ist die nothwendige Verlegung des Flusßlaufs oberhalb der Birnbaumer Stadtbürg immer noch nicht erfolgt und scheint trotz aller Bemühungen der Kreisbaumeister auch in diesem Jahre die Aussicht dazu wieder schwinden zu wollen. Weder von dem Magistrat noch von den verhältnißigen Bürgern werden die zur Realisirung dieser nothwendigen Verlegung des Flusßlaufs erforderlichen Offerten zur Betheiligung an den Kosten gemacht, welche die k. Regierung als Bedingung für die Regulirung der in Nede stehenden Flusßstrecke gefestigt hat. — Die Verlegung des Flusßlaufs liegt nämlich nicht nur im Schiffahrtsinteresse, sondern natürlich werden viele städtischen Grundstücke gegen größere Schäden und Gefahren dadurch geschützt. Befremden muß es daher erregen, daß einer so wichtigen Sache für unsere Stadt von den Vertretern derselben so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Unser Städtchen wäre ohne den schiffbaren Flusß weiter, als ein großes Dorf; den Haupthandel in Holz, Getreide und Spiritus vermittelst lediglich der Flusß; die vollständige Schiffbarkeit derselben

ist aber dennoch hergestellt worden zur Freude aller Schiffer, zur Freude der Kaufleute und jedes Mannes, der Sinn für Ordnung und gemeinsinnige Interessen hat. Das dies aber damals geschehen, ist nur dem ehrlichen Handeln des Kreisbaumeisters Knechtel zu danken gewesen; ihm lediglich gebührt das Verdienst, daß die Vereinbarungen mit der Stadt zu Stande gekommen und die Stadt jene Verbesserungen der Ufer erhalten hat. Das dies aber dauernde Verbesserungen für die Stadt sind, dagegen dürfte sich heute auch wohl nicht eine Stimme mehr erheben. — Wir hoffen, daß er zur Erreichung des Durchstiches oberhalb der Brücke, der einen nothwendigen Theil der hier auszuführenden Regulirung bildet, dieselbe Energie und das gleich gemeinsinnige Interesse bewahren wird, das so viele Mitbürger unserer Stadt beeilen; wir hoffen, daß der Magistrat eine so hochwichtige Sache für unsere Stadt mit gleichem Eifer verfolgen will, damit endlich ein Theil unserer Mitbürger nicht geschädigt, die Interessen der Stadt gefördert werden und der Schiffer jene wegen zu starker Krümmung schwer zu passirende Flusßstrecke oberhalb der Brücke nicht mehr zu passiren nothig hat.

Unus pro multis.

Angelommene Fremde

vom 14. Mai.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Regierender Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV., Premierlieutenant und persönlicher Adjutant Graf Clairon d'Haussonville aus Schloß Otterstein, Fürstlicher Kammerherr Paeg aus Schleiz, Rentier Graf Tysslewiecz und Frau aus Dresden, Ritter- und schaftsrath Baron v. Winterfeld und Tochter aus Muri. Goslin, die Rittergutsbesitzer Graf Gornic und Frau aus Golejewo, Frau v. Czorff aus Piastkowo, Liebelt und Frau aus Czeszewe, Frau Jouanne aus Lenartowice, Schemmann aus Slupia, Cunow aus Schotzen.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Rentier Franke aus Breslau, Inspektor Grancowitz aus Bial, die Kaufleute Giesen aus Schivelbein, Lewin und Joseph aus But.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Kwieck aus Kobelnitz, Graf Dabstl aus Kolaczkow, v. Sablewski aus Kowalewo, die Kaufleute Born aus Borden, Pohl aus Mainz.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Bayer aus Goleczewo, v. Laczanowski aus Kuczkowo, Lange aus Gr. Rybn, Heinze aus Steumiany, Oberamtmann Pezel aus Grodkow, Domänenpächter Laube aus Trzebislawit, die Kaufleute Cohn und Michelsohn aus Berlin, Menke aus Frankfurt a. M., Predigtamtshandlung Münnich aus Ludom.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Malczewski aus Swiniarki, v. Trzebincki und Frau aus Bedzlowet, v. Ozembowski und Frau aus Koszlowo, Frau v. Bielonacka aus Chwaltogowo, Baumeister Przywinski aus Schrimm.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Rosanek und Frau aus Padniewo, von Wilkonski aus Trakiem, Tschusche aus Babim, Düsche jun. aus Rombszyn, Gutsbesitzer Weidt aus Koszyn, Linke aus Glomow, die Kaufleute Habisch und Jasse aus Santomysl.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 und des zur Ausführung derselben Seitens des Königlichen Staats-Ministerium erlassenen Reglements vom 1. Juli 1867, haben wir gemäß § 7 und 8 derselben die hiesige Stadt inkl. Militair in 22 Wahlbezirke getheilt.

Die Wahl eines Abgeordneten für den Wahlkreis Stadt Posen und Kreis Posen in Stelle des als solcher ausgeschiedenen Regierungsraths Krieger findet höherer Anordnung zufolge am 25. dieses Monats statt.

Das nachstehende Tableau weiset die Abgrenzungen der Wahlbezirke in hiesiger Stadt, die ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, die Lokalien, sowie die Stunden, in welchen für die einzelnen Bezirke die Wahlen am 25. d. M. werden abgehalten werden, nach.

T a b l e a u.

Abgrenzung der Wahlbezirke.	Wahlvorsteher.	Stellvertreter dieselben.	Wahllokal.	Tageszeit der Wahl.
I. Alter Markt von Nr. 1 bis 77, Schloßberg.	Kaufm. Robert Schmidt.	Kaufmann Paul Andersch.	Stadtverordneten-Saal im Rathause.	Von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags
II. Alter Markt von Nr. 78 bis 100, Franziskanerstraße, Schloßstraße, Bronkerstraße.	Buchhändler Rudolph Levy-Sohn.	Kaufm. Joseph Bistrzycki.	Handelsaal im Stadtwaage-Gebäude.	dito.
III. Judenstraße, Krämerstraße, Marshallstraße, Schuhmacherstraße.	Posthalter Gerlach.	Kaufm. Nathan Hamburger.	Sekretariat des Armendirektorit im Rathause.	dito.
IV. Bartlebenhof, Dominikanerstraße, Kleine Gerberstraße, Holzplätze am Gerberdamm, Nassegasse, Sandstraße Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8 und 10, Gerberdamm 1.	Kaufm. und Zimmereimeister Anton Krzyzowski.	Partikulier Ludw. Gersiel.	Schulhaus an der Kleinen Gerberstraße, Parterre links.	dito.
V. St. Adalbert, St. Adalbertshof, An Haken-Fort, Kanonenplatz, Mühlthor, Sapiehaplatz.	Kaufmann Oskar Hirselorn.	Kaufm. Eduard Stiller.	Schulhaus an der kleinen Gerberstraße, Parterre rechts.	dito.
VI. Friedrichstraße Nr. 16 bis 33, Königsstraße, Königstor, Lindenstraße, Magazinstraße, Mühlenstraße Nr. 20 bis 22, Neustädter Markt, Reduit Waldersee.	Oberprediger Dr. Wenzel.	Kaufm. Eduard Mamroth.	Saal im Volks-garten bei Herren Lauber.	dito.
VII. Friedrichstraße von Nr. 1 bis 15 u. 34 bis 38, Neuestraße, Wilhelmstraße, Wilhelmplatz.	Kaufmann Nicolaus Magnuszewicz.	Buchhändler Louis Türl.	Waizenhaus an d. Neuenstraße, im 2. Stock.	dito.
VIII. Bergstraße, Breslauerstraße, Schulstraße, Waisenstraße.	Kaufm. u. Generalagent Carl Meyer.	Professor Dr. Szafarkiewicz.	Alte Realschule an d. Breslauerstr., Parterre links.	dito.
IX. Berlinerstraße, Berliner-Fort (Fort Tiezen), Mühlenstr. Nr. 3 bis 19, Große Ritterstraße.	Kaufmann Hermann Bielefeld.	Kaufmann Robert Asch.	Hildebrandts Restaurationslokal an der Königsstraße.	dito.
X. Bastion Colomb, Neue Gartenstraße, St. Martinstraße von Nr. 22 bis 67, Kleine Ritterstraße, Wallstraße, Windmühlen vor dem Berlinerthor.	Stadt-Baurath Stenzel.	Zimmer- u. Mühlbaummeister Ewald Grienz.	Schulhaus St. Martin.	dito.

Wahlbezirk	Abgrenzung der Wahlbezirke.	Wahlvorsteher.	Stellvertreter	Wahllokal.	Tageszeit der Wahl.
XI.	Bäckerstraße, Hohegasse, St. Martin von Nr. 1 bis 21 u. 68 bis 80.	Baumeister und Stadtrath Stanislaus Hebanowski.	Rentier Leopold Ertel.	Neue Realschule an der Schützenstr., 1. Etage rechts.	Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags
XII.	Gartenstraße, Halbdorfstraße, Langestraße von Nr. 7 bis 12.	Lehrer Leander Hubert.	Buchhändler Ernst Nehfeld.	Neue Realschule an der Schützenstr., 1. Etage links.	dito.
XIII.	Bastion Brünneck, Colombia, Fischerei, Schützenstraße, Wiesenstraße.	Direktor der Neal-schule Colombia, Dr. Brennecke.	Provinzial-Landschafts-Kassen-Buchhalter Felix Dziorobek.	Neue Realschule an der Schützenstr., 2. Etage.	dito.
XIV.	Große Gerberstraße von Nr. 1 bis 15 und 43 bis 57, Grünestraße, Langestraße von Nr. 1 bis 5.	Zimmermeister Joseph Zielowski.	Kupferschmiede-meister Johann Krysiwicz.	Schulhaus an der Allerheiligenstr., Parterre rechts, vorn.	dito.
XV.	Allerheiligenstraße, Jesuitenstraße, Klosterstraße, Neumarkt, Schlosserstraße, Laubenstraße, Thorstraße, Siegenstraße.	Kantor der Mittelschule Hielcher.	Kaufm. Albert Kunkel.	Schulhaus an der Allerheiligenstr., Parterre rechts, hinten.	dito.
XVI.	Büttelstraße, Wasserstraße.	Kaufmann Carl Hartwig.	Destillateur Carl Julius Maize.	Schulhaus am Neumarkt.	dito.
XVII.	Große Gerberstraße von Nr. 35 bis 42, Graben-Vorstadt, Reduit Roeder.	Stadtrath Dr. Samter.	Rentier Wilhelm Dahle.	Schulhaus auf Vorstadt Graben.	dito.
XVIII.	Breitestraße, Große Gerberstraße von Nr. 16 bis 34, Schifferstraße, Leichstraße.	Stadtrath Anna.	Kaufm. Gustav Fraas.	Magistrats-Sitzungsraum im Rathause.	dito.
XIX.	Dammstraße, Benetianerstraße, Wallischei von Nr. 1 bis 26 und von Nr. 90 bis 98, Schiffer auf den Kähnen.	Medizinal-Assessor Apotheker Reinmann.	Zimmermeister Johann Frese.	Schulhaus auf der Wallischei, Parterre links, vorn.	dito.
XX.	Wallischei von Nr. 27 bis 89.	Konsistorial-Kandidat Janowicz.	Lehrer Johann Scholz.	Schulhaus auf der Wallischei, Parterre rechts, hinten.	dito.
XXI.	Cybinastraße, Dom, Dombrücken-Reduit, Flurstraße, Oströwe, Fort Radziwill, Seminarstraße, Thurmstraße, Hinter-Wallischei, Zagorce.	Registratur Beyer.	Lehrer Theodor Hecht.	Schulhaus am Dome.	dito.
XXII.	Brombergerstraße, Philippinerstraße, Fort Prittwitz-Gaffron, Fort Rauch, St. Roch, Schrödka-Markt, Schrödkastraße, Warschauerstraße, Sawade.	Taubstummenlehrer Valentin Matusewski.	Taubstummenlehrer Toparkus.	Seminarschule auf Vorstadt Schrödka.	dito.

Die nach § 1 und 2 des Wahlgesetzes in der hiesigen Gemeinde wahlberechtigten Wähler, wie solche in den betreffenden Wahllisten aufgeführt sind, werden hiermit zur Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage des Norddeutschen Bundes in dem oben bestimmten Wahltermine am 25. dieses Monats von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr berufen.

Posen, 8. Mai 1869.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Schrimm.

Erste Abtheilung.

Schrimm, den 14. Dezember 1868.

Das in dem Dorf Robakowo sub Nr. 12. belegene, dem Witthe Franz Sobowski und seiner früheren Chefrau Margaretha Sobkowicz geb. Korez gehörige Grundstück, abgeschäzt auf 6696 Thlr. 20 Sgr. aufgrund der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll theilungshälber

am 20. Juli 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftiert werden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Pleschen;

Erste Abtheilung.

Pleschen, den 21. November 1868.

Folgendem dem Gutsbesitzer Johann v. Brodowski gehörigen Realitäten, als:

- 1) das adelige Gut Ordzin, abgeschäzt auf 14.135 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. und
- 2) das von Ordzin aus bewirtschaftete Grundstück Jankow Nr. 20, genannt Pietruska-Mühle,

abgeschäzt auf 2793 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf. zu folge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage,

sollen

am 23. Juni 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftiert werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhaftungsgericht zu melden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannten Real-Interessenten Christian und Beate Tarmusche schen Cheleute, früher in Pietruska-Mühle, und Casimir August Schenk, sowie der Besitzer Johann v. Brodowski, früher in Ordzin, werden zum Liquidationstermine hiermit öffentlich vorgeladen.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Das von mir in der Subhaftstation erstandene Gut Sekowo, früher dem Herrn August Praetel gehörig, circa 275 Morgen vorzüglicher Acker inklusive Wiesen und Dörftlich, hart an der Chaussee, circa 2 Meilen von Samter, 1 1/2 Meile von Pinne gelegen, beabsichtige reellen Käufern unter günstigen Zahlungsbedingungen abzutreten.

Anfragen von Selbstläufern erbeten per Adresse

Louis Goldschmidt,
Landsberg a. d. Warthe.

Den An- und Verkauf
von Gütern

und Herrschaften in den Provinzen Posen, Pommern und Preußen in jeder Größe bewirkt und nimmt Aufträge entgegen

Robert Jacobi,
General-Agent in Bromberg.

Borwerks-Pacht.

Unter sehr günstigen Bedingungen will der Pächter eines höheren Gutes in russ. Polen (selbst Preußen) ein Borwerk afterverpachten. Das qu. Borwerk ist unweit der preußischen Grenze, dicht an der Warschau-Wiener Bahn und 1/2 Meile von der Kreisstadt gelegen. Die Uebernahme kann sofort oder von Joh. c. ab erfolgen und können nach Belieben mehr oder weniger Acker und Wiesen übergeben werden. Fr. Anfragen unter A. Z. nach Neu-Radomsk in Polen.

Eine Wirthschaft, 95 M. Ackerland, mit ll. Waldhufen und Fischteich, Wiesen, gut Geb. ohne Inv. mit Sommerung best., zw. Posen und Stenshewo, ist a. fr. Hand z. verkaufen. Näheres bei Frau Rossmarkiewicz in Posen, Cybinastr. 4.

Bei Beendigung des hier selbst vom Herrn Lang Lehrer Noak aus Mur-Goslin gegebenen Tanzkurses sprechen wir Hrn. Noak hiermit öffentlich unser Dank und Anerkennung aus, über die guten Erfolge, die er durch aufopfernden Fleiß und unverdrossene Mühe bei uns erzielt hat.

Rogaten, Mai 1869.

Die Teilnehmer am Tanzkursus.

Sprzedaż konieczna.

Król. sąd powiatowy w Śremie.

Wydział pierwszy.

Śrem, dnia 14. Grudnia 1868.

Grunt w Robakowie pod Nr. 12, położony, do gospodarza Franciszka Sobkowiaka i żony jego Małgorzaty z domu Korez należący, oszczędzany na 6696 tal. 20 gr. wedle taksonu, mogącą być przejrzanej wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w rejestraturze, ma być

dnia 20. Lipca 1869,

przedpol. o godzinie 11,
w miejscu zwykłym posiedzeni sądowych sprzedany.

Das Kaffehaus „Alt-Sibirien“
wird renoviert und ist auf mehrere Jahre zu verpachten. Zu erfragen in der Exp. d. B.

Eine sichere Familien-Esistenz
(auch für einzelne Damen)

kann bei meiner Durchreise durch die gründliche praktische Erlernung meiner unübersehbaren östlichen Kunstwäscherie in seldenen und wohlen Stoffen, als: Shawls, Tücher, Tischdecken, Kleiderstoffe, gefärbte Gegenstände, Blonden, Spulen, Federn, Bänder, Pelze, Glace-Handschuhe und Strohhüte leicht erzielt werden. Auch werden seldene und keine wohlen Stoffe in allen Farben echt, ohne Apparate und besondere Beurteilung auf Schönheit gesetzt, so daß die Gegenstände den neuen an Eleganz und Bartheit nicht nachstehen. Honorar billig. Meine Methoden wurden in Frankreich, England, Holland, Russland und Deutschland als die triftigsten anerkannt und vielfältig von mir eingesetzt. Rest. bel. ihre Adv. unter d. Buchst. W. in d. Exp. d. B. bald niederzulegen.

Station der Eisenbahn von Kreisen nach Altenbeken.

- 1) Die Driburger Quellen gehören bekanntlich zu den an Kohlenfäure, Eisen und Mangan reichen ihrer Art. Die erwärzung in den Bannen in 5 bis 6 Minuten durch Dämpfe mit möglichst geringem Verluste.
- 2) Außer diesem eisenhaltigen Heißapparate Hersterbrunnen — höchst milde, auflösende Quelle, überall angezeigt, wo die mächtige Driburger zu erregend wirkt, überdies wie die verwandte Bildung durch spezifische Wirksamkeit in Nieren und Blasenkrankheiten bewährt.
- 3) Schwefelschlamm-bäder.
- 4) Mollen.

Dauer der Saison vom 15. Mai bis 15. September.

Brunnenarzt seit 40 Jahren Geheimer Sanitätsrat Dr. Brück, außer der Saison in Osnabrück. Näheres in dessen „Balneologischen Aphorismen“.

Wohnungs- und Brunnenbestellungen besorgt der Administrator Böttner zu Driburg.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles preuß. Maß, 50 Magdeburger Morgen Raps, gute rationelle Ausaat, Inventar: 170 Kühe, 50 Ochsen, 50 Pferde, 900 Rambouillet-Schafe, Schweine, Hühner etc., vollständiges, todes gutes Inventar, ist zum 1. Juni 1869 auf 12 Jahre zu verpachten. Das Majorat mit einem prachtvollen Wiesenverhältnis, ebenso Weide und Brennmaterial, liegt 1 Werst von der Eisenbahn, 1/2 Werst von einer Chaussee und schiffbarem Flusse, 5 Werst von einer Stadt mit 30,000 Einwohnern entfernt. — Kaution fogleich 10,000 Thlr. Betriebskapital durchaus gar nicht nötig. Adressen bittet man sub P. Z. 160 franco poste restante nach Brest Litewsky zu senden.

Ein Majorat in Polen, mit 200 Scheffel Weizen, 400 Scheffel Roggen, 400 Scheffel Hafer, 80 Scheffel Gerste, 70 Scheffel Erbsen, 600 Scheffel Kartoffeln, 55 Scheffel Lupinen, 5 Scheffel Böden, 15 Scheffel Klee, 8 Scheffel Thymothee, alles pre

Wir Endesunterzeichnete zeigen hiermit dem hiesigen wie auswärtigen Publikum ergebenst an, dass wir unsere Geschäfte an den Sonntagen vom 15. Mai bis 1. September c. von 2 Uhr Nachmittags an schliessen werden.

Gebr. Andersch.

Jacob Appel.

Isidor Appel.

J. Affeltowicz.

A. Cichowicz.

Bei **August Hirschwald** in Berlin erschien soeben (durch alle Buchhandlungen zu beziehen), in **Posen** durch **Ernst Rehfeld**, Wilhelmsplatz 1:

Das Preussische Militair-Sanitätswesen

und seine Reform

nach der Kriegserfahrung von 1866.
Auf Allerhöchste A uregung

und mit Benutzung amtlicher Quellen
von

Generalarzt Dr. F. Loessler.

Erster Theil: **Die freiwillige Krankenpflege und die Generalkonvention.** gr. 8. 1868. Preis: 20 Sgr.

Zweiter Theil: **Der Sanitätsdienst und seine Organisation.** Mit 1 Karte, gr. 8. 1869. Preis: 2 Thlr. 20 Sgr.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 16. Mai; 1. Pfingstfeiertag, Vorm. 10 Uhr: Herr Oberprediger Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Montag den 17. Mai, 2. Pfingstfeiertag, Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. — Nachm. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette.

Petruskirche. Sonntag den 16. Mai, 1. Pfingstfeiertag, früh 9½ Uhr, Vorbereitung zum heiligen Abendmahl. — Früh 10 Uhr, Predigt: Herr Diaconus Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

Montag den 17. Mai, 2. Pfingstfeiertag, früh 10 Uhr: Herr Konfessorialrat Dr. Goebel.

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 16. Mai, 1. Pfingstfeiertag, Vorm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Konfessorialrat Schulze. — 10 Uhr: Predigt: Dr. Prediger Herwig.

Montag den 17. Mai, 2. Pfingstfeiertag, Vorm. 8 Uhr, Abendmahlfeier: Herr Prediger Herwig. — 10 Uhr, Predigt: Herr Konfessorialrat Schulze.

Freitag den 21. Mai, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Dr. Konfessorialrat Schulze.

Garnisonkirche. Sonntag den 16. Mai, 1.

Im Tempel der israelit. Brüder-Gemeinde. Sonntag den 16. Mai, Vorm. 9½ Uhr: Festgottesdienst und Predigt. Montag den 17. Mai, Vorm. 9½ Uhr: Festgottesdienst und Todteneifer.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich Rosalie Jacobinska, Heinrich Salomon.

Gnesen. Grünberg i. f. Schl.

Die Verlobung unserer Tochter Auguste mit dem Kaufmann Herrn Hermann Hirschberg beeindruckt uns, seit jeder besondere Meldung, ergebenst anzeigen.

Breslau, den 10. Mai 1869.

S. Bial und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich

Auguste Bial, Hermann Hirschberg.

Posen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fr. Margaretha Boer mit dem Dr. Gurth in Berlin, Fr. Alois von Walter mit dem Lieutenant Menzel in Breslau, Fr. Laura v. d. Osten in Wismut mit dem Rittergutsbesitzer Bernhard v. Baffron in Rieseband, Fr. Wilda Baumann mit dem Premier-Lieutenant Heinrichs in Hamburg, Fr. Johanna Zidwolf in Frankfurt a. M. mit dem Hrn. Alphons Nilsens in Villa Sicambria.

Verbindungen. Fr. Jul. Marder mit Fr. Marie Herfordt und Dr. med. Louis Wahlraedt mit Fr. Augusta Fischer in Berlin.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Otto Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Autentiken. Ein Sohn dem Hrn. Otto

Bieberstein in Magdeburg, dem Probst Kölner in Berlin, dem Grafen v. Schwerin-Dargibell in Dargibell, dem Major a. D. v. Gräbe in Neubrunn, dem Dr. med. Wendeburg in Mücheln, dem Bezirks-Corpsarzt Woldemar v. Baumer in Ansbach, eine Tochter dem Oberlehrer Dr. Schnell in Berlin, dem k. k. Hauptmann v. Scheibenhofer-Froschmayer in Linz, dem Hauptmann Bauch in Spandau, dem Major k. v. Meereimh in Berlin, dem Tribunal-Corpsarzt Rathmann in Königsberg i. Pr., dem Hrn. Thimm in Koritschen, dem Premier-Lieutenant v. Nebel in Regensburg.

Albert Classen.

A. Kunkel jun.

H. Kirsten Wwe.

J. N. Leitgeber.

T. Laziński.

W. F. Meyer & Co.

P. Nowicki.

Eduard Stiller.

Joseph Wache.

Saison-Theater.

Freitag den 14. Mai. Auf Verlangen:

Anna-Diese. Lustspiel in 5 Akten von

Hermann Hirsch.

— Herr Bauer vom Stadttheater in Danzig als Gast. **Anna-Diese** — Bräutlein v. Berlin.

Sonnabend den 15. Mai. Die Schule

der Verliebten. Lustspiel in 5 Akten von

E. Blum.

Sonntag den 16. Mai. Die Verschwörung

der Frauen, oder: Die Preußen

in Breslau. Lustspiel in 4 Akten von

Arthur Müller.

Marie Raabe. Lustspiel in 5 Akten von

Wilhelm Bock zu haben.

Lamberts Garten.

Sonnabend den 15. Mai

großes Konzert. (Streichmus.)

Anfang 5 Uhr. Entrée 1 Sgr.

J. Wagener.

Heute den 14. Mai u. die folgenden Abende

Musikalische Abendunterhaltung

